

Landratsamt Altenburger Land

**Arbeitsbericht 2009 – 2011,
Problemfelder und
Zielstellungen**



Landratsamt Altenburger Land

Arbeitsbericht 2009 - 2011, Problemfelder und Zielstellungen

Sehr geehrte Mitglieder des Kreistages,
sehr geehrte Leserinnen und Leser,

mit dieser Dokumentation legen wir Ihnen den 3. Arbeitsbericht der Kreisverwaltung vor. Die jeweiligen Texte beschreiben die Aufgaben, Leistungen, Problemfelder und Zielstellungen der jeweiligen Fachdienste.

Um diesen Bericht übersichtlich und als gut lesbar zu gestalten, wurden die zumeist sehr komplexen Sachverhalte in den Aussagen stark komprimiert und auf allzu große Detailtiefe verzichtet. Sollten Sie darüber hinaus an umfangreicheren Informationen interessiert sein, können Sie sich diesbezüglich jederzeit an uns wenden. Die Fachbereichs- und Fachdienstleiter geben gern Auskunft.

Wir sind bestrebt, die Qualität unserer Arbeit und die angebotenen Dienstleistungen weiter zu verbessern. Deshalb freuen wir uns über Ihre Anregungen und Vorschläge, genauso über jede sachliche Kritik. Ganz in diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine interessante Lektüre.

Mit freundlichen Grüßen

Sieghardt Rydzewski
Landrat





Inhaltsverzeichnis

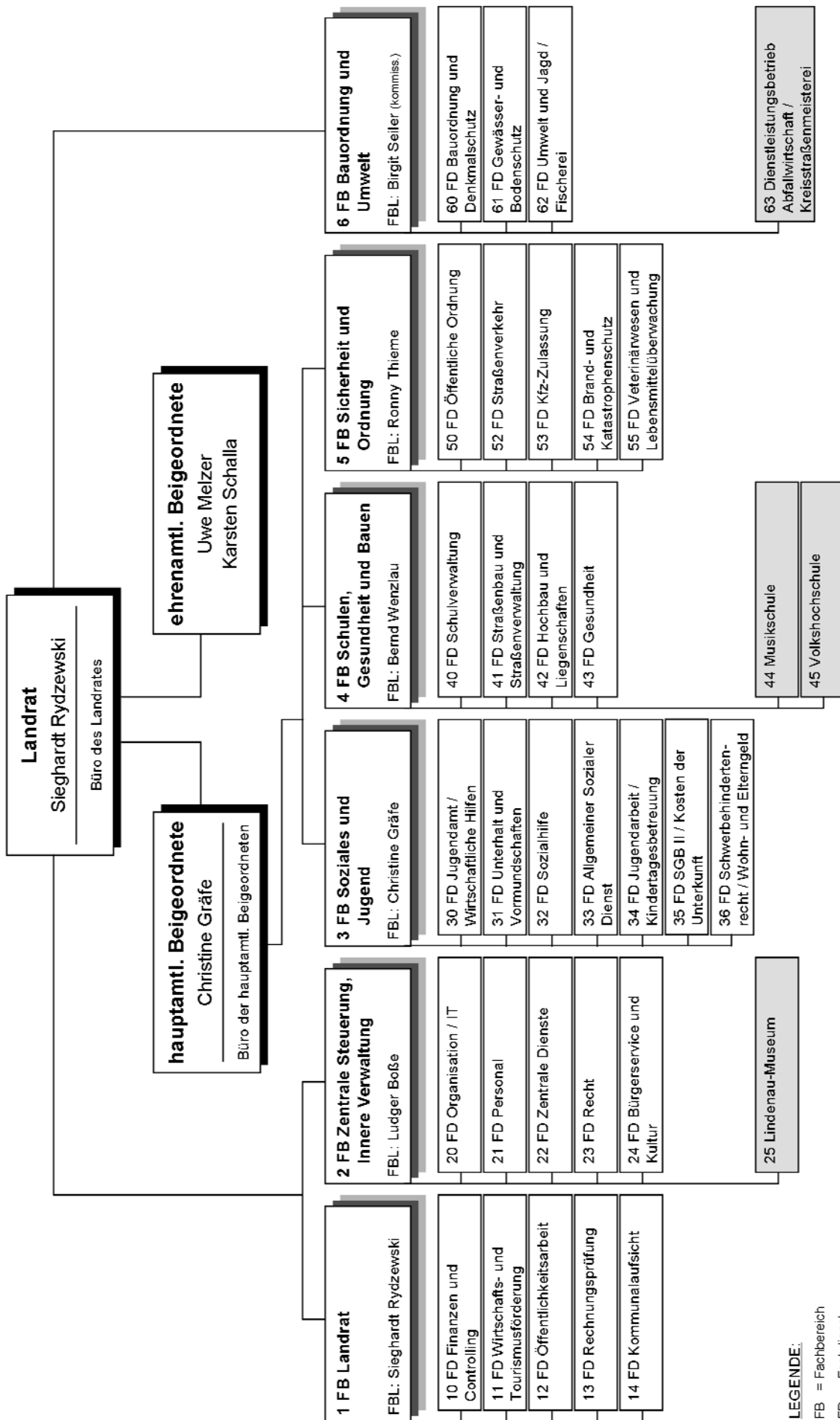
	Seite
Vorwort	3
Inhaltsverzeichnis	5
Organigramm	7
Fachbereich 1 Landrat	
Fachdienst 10 Finanzen und Controlling	9
Fachdienst 11 Wirtschafts- und Tourismusförderung	11
Fachdienst 12 Öffentlichkeitsarbeit	13
Fachdienst 13 Rechnungsprüfung	15
Fachdienst 14 Kommunalaufsicht	17
Fachbereich 2 Zentrale Steuerung, Innere Verwaltung	
Fachdienst 20 Organisation/IT	19
Fachdienst 21 Personal	21
Fachdienst 22 Zentrale Dienste	23
Fachdienst 23 Recht	25
Fachdienst 24 Bürgerservice und Kultur	27
Fachbereich 3 Soziales und Jugend	
Fachdienst 30 Jugendamt/Wirtschaftliche Hilfen	29
Fachdienst 31 Unterhalt und Vormundschaften	31
Fachdienst 32 Sozialhilfe	33
Fachdienst 33 Allgemeiner Sozialer Dienst	35
Fachdienst 34 Jugendarbeit/Kindertagesbetreuung	37
Fachdienst 35 SGB II/Kosten der Unterkunft	39
Fachdienst 36 Schwerbehindertenrecht/Wohn- und Elterngeld	41
Fachbereich 4 Schulen, Gesundheit und Bauen	
Fachdienst 40 Schulverwaltung	43
Fachdienst 41 Straßenbau und Straßenverwaltung	45
Fachdienst 42 Hochbau und Liegenschaften	47
Fachdienst 43 Gesundheit	49
Fachbereich 5 Sicherheit und Ordnung	
Fachdienst 50 Öffentliche Ordnung	51
Fachdienst 52 Straßenverkehr	53
Fachdienst 53 Kfz-Zulassung	55
Fachdienst 54 Brand- und Katastrophenschutz	57
Fachdienst 55 Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung	59
Fachbereich 6 Bauordnung und Umwelt	
Fachdienst 60 Bauordnung und Denkmalschutz	61
Fachdienst 61 Gewässer- und Bodenschutz	63
Fachdienst 62 Umwelt und Jagd/Fischerei	65
Fachdienst 63 Dienstleistungsbetrieb Abfallwirtschaft/Kreisstraßenmeisterei	67
Impressum	71





Organigramm des Landratsamtes Altenburger Land

Stand: 31.12.2011



LEGENDE:

FB = Fachbereich

FD = Fachdienst

FBL = Fachbereichsleiter/in

☐ = Einrichtung des Landkreises





Fachdienst 10 Finanzen und Controlling

Arbeitsbericht 2009 - 2011

- Der Fachdienst realisiert die haushalts- und finanzwirtschaftlichen Aufgabenstellungen des Landkreises, insbesondere Haushaltsplanung, -vollzug, Kassen- und Rechnungswesen einschließlich Vollstreckung, das zentrale Controlling einschließlich Beteiligungscontrolling. Die Aufgaben der Haushaltsoptimierung waren jederzeit ein Schwerpunkt der alltäglichen Arbeit.
- Im Berichtszeitraum haben sich die allgemeinen finanziellen Rahmenbedingungen maßgeblich erschwert. Die Kassenlage konnte zum Teil nur mit drastischen Eingriffen, wie 2010 mit dem Erlass einer haushaltswirtschaftlichen Sperre, verbessert und die Liquidität gesichert werden.
- Aufgaben zur Haushaltsoptimierung standen weiter im Mittelpunkt.
- Die Verschuldung des Landkreises wurde um weitere 4,1 Mio. € verringert.
Stand 31.12.2008: 38.932.701,54 €
Stand 31.12.2011: 34.848.979,12 €
- Das größte Volumen des Haushalts waren nach wie vor die Sozialausgaben, wofür jährlich rd. 53 Mio. € eingesetzt werden mussten.
- Die Vorbereitungen zur Einführung der Doppik wurden weitergeführt. Die Erfassung des betrieblichen beweglichen Vermögens ist soweit abgeschlossen. Das Produktbuch für den Landkreis zum Stand 2010 liegt vor.
- Im Berichtszeitraum wurden umfangreiche Investitionen getätigt. Das Sonderprogramm für die Sanierung von Schulen, insbesondere Gymnasien, wurde mit insgesamt rd. 6 Mio. € abgeschlossen, in Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes des Bundes (Konjunkturprogramm II) wurden von 2009 bis 2011 insgesamt 6,1 Mio. € für Maßnahmen in den Schulen sowie an sonstigen Einrichtungen eingesetzt. Der Neubau der Feuerwehr in Altenburg wurde bisher mit 567 T€ unterstützt. Rd. 3 Mio. € kamen für Baumaßnahmen im Kreisstraßenbereich zum Einsatz.
- Der Umbau des Altenpflegeheims in Löbichau als Teil der Schmöllner Heimbetriebsgesellschaft mbH wurde 2011 abgeschlossen und mit insgesamt 8,6 Mio. € aus Zuwendungen des Hauptgesellschafters, der Klinikum Altenburger Land GmbH, der Sparkassenstiftung Altenburger Land und über ein Darlehen finanziert.
- Im Frühjahr 2011 wurde der Linienflugverkehr auf dem Flugplatz Altenburg-Nobitz beendet. Die GmbH erarbeitete ein Konzept zur weiteren verkehrlichen und wirtschaftlichen Entwicklung. Damit verringern sich die Zuschüsse der Gesellschafter.
- In Umsetzung des Entwicklungskonzeptes der Klinikum Altenburger Land GmbH wurden umfangreiche Umbau- und Sanierungsarbeiten am Standort Schmölln durchgeführt; am Standort Altenburg fand im Juli 2011 die Grundsteinlegung zum Krankenhauserweiterungsbau MEDICUM statt. Beide Maßnahmen sollen zu einem weiteren Leistungs- und Qualitätszuwachs der Gesellschaft beitragen.



- In der TPT Theater und Philharmonie Thüringen GmbH kam es im Berichtszeitraum zu erheblichen finanziellen Problemen. Nur mit Nachschüssen des Landes Thüringen und der Gesellschafter konnte die Situation vorerst stabilisiert werden. Ende 2011 wurde der Finanzierungsvertrag für die Jahre 2013 bis 2016 beschlossen.

Problemfelder

- Die größten Risiken für den Kreishaushalt ergeben sich aktuell aus der Ausgestaltung des kommunalen Finanzausgleichs. Für 2013 beabsichtigt das Land, die Rahmenbedingungen zu überprüfen und den Finanzausgleich neu auszurichten. Weitere Einschnitte bei den Zuweisungen führen ggf. zu massiven finanziellen Problemen.
- Die derzeitigen Aufgaben- und Ausgabenstrukturen sind aufgrund der fehlenden Planungssicherheit bei den Einnahmen gefährdet.
- Die Investitionskraft des Landkreises wird durch zurückgehende Einnahmen und steigende Ausgaben voraussichtlich weiter zurückgehen.
- Die eingeleiteten Maßnahmen zur Vorbereitung der Doppikeinführung reichen noch nicht aus. Auch fehlende finanzielle Mittel verzögern wichtige Aufgabenstellungen (z.B. Erfassung und Bewertung des unbeweglichen Vermögens).

Ziele

- Weitere Maßnahmen zur Haushaltsoptimierung sind erforderlich. In den Organisationseinheiten sind dafür konzeptionelle Vorstellungen zu entwickeln. Im Mittelpunkt stehen dabei Aufgaben- und Ausgabenkritik. Zielstellung ist die Stärkung der Investitionskraft des Landkreises.
- Die Einführung der Doppik ist weiter vorzubereiten. Die Erfassung und Bewertung des unbeweglichen Vermögens soll über entsprechende Unterstützung von außen realisiert werden. Die Bewertung des beweglichen Vermögens ist abzuschließen. Das Produktbuch einschließlich der Leistungen und Beschreibung ist zu aktualisieren und zu vervollständigen. Die Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung in den Verwaltungsbereichen und Einrichtungen ist vorzubereiten.
- Wichtige Aufgaben in den kreislichen Gesellschaften sind u.a. die Fertigstellung des Krankenhauserweiterungsbaus MEDICUM, die Erarbeitung eines Konzepts zur künftigen Ausrichtung einschließlich einer tragfähigen Spartenstruktur der TPT Theater und Philharmonie Thüringen GmbH und die Umsetzung des Entwicklungskonzepts der Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH. In allen kreislichen Gesellschaften sind Maßnahmen zur Optimierung der wirtschaftlichen Tätigkeit umzusetzen.

Fachbereichsleiter
Landrat Sieghardt Rydzewski

Fachdienstleiterin
Martina Wecker



Fachdienst 11 Wirtschafts- und Tourismusförderung

Arbeitsbericht 2009 - 2011

- Wichtige Aufgaben des Fachdienstes sind der Aufbau und die Pflege von Wirtschaftskontakten, die enge Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Arbeits- und Wirtschaftsförderung des Freistaates Thüringen mbH (GfAW), der Industrie- und Handelskammer (IHK) und der Thüringer Aufbaubank (TAB) zur effizienten Nutzung vorhandener Fördermöglichkeiten, die Mitarbeit bei Investitionen im Rahmen des Lotsendienstes, die Betreuung von Unternehmen sowie die weitere Umsetzung von Projekten für erneuerbare Energien.
- Die kontinuierliche und gemeinsame Vermarktung der im Landkreis vorhandenen Gewerbegebiete in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und der Landesentwicklungsgesellschaft sowie die Verbesserung der Infrastruktur sind weitere Arbeitsschwerpunkte.
- Die Prüfung von Anträgen der Förderrichtlinie für die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" zur Erweiterung von Unternehmen im Landkreis ist ein weiterer wichtiger Tätigkeitsbereich.
- Wichtige Arbeitsbereiche sind außerdem die Unterstützung von Bildungsprojekten wie „Jugend forscht“ und die enge Zusammenarbeit des Fachdienstes mit dem Wissenschafts- und Transfercenter des Altenburger Landes.
- Das kommunale Wirtschaftsinformationssystem wurde weiter aktualisiert und als Informationsplattform ausgebaut.
- Der Fachdienst ist in Absprache mit dem Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW) für die Organisation, Durchführung und Nachbereitung des jährlich stattfindenden Wirtschaftstages der Landkreise Leipzig und Altenburger Land verantwortlich.
- Im Landkreis Altenburger Land werden für Existenzgründer regelmäßige Sprechtagere von Fachdienst organisiert, welche in Zusammenarbeit mit den Partnern von IHK, GfAW und TAB durchgeführt werden.
- Die Arbeit des Regionalmanagements wurde weiter fortgeführt.
- Auf Messen wie z. B. der ExpoReal, AirTec und der Internationalen Grünen Woche repräsentiert der Fachdienst den gesamten Landkreis Altenburger Land und konnte durch gezieltes Marketing den Bekanntheitsgrad der Region weiter erhöhen.
- Unter Leitung des Landrates wurde in Zusammenarbeit mit der LEG Thüringen die Bewilligung des Regionalbudgets beantragt. Mit Bescheid vom 29.11.2010 bewilligte das Thüringer Landesverwaltungsamt dem Landkreis ein Regionalbudget in Höhe von 900.000 Euro. Bis 2013 ist der Fachdienst bei der Umsetzung regional bedeutender Projekte koordinierend verantwortlich.
- Durch die Leitung und Mitwirkung im Verein zur Förderung und Entwicklung des Altenburger Landes (FEAL) sowie in der Regionalen Aktionsgruppe (RAG) LEADER Altenburger Land wurde wesentlich zur Umsetzung wirtschaftlicher Förderprogramme beigetragen.
- Während der dreijährigen Laufzeit (2009 – 2011) des ESF-Programms „Stärken vor Ort“ war der Fachdienst die lokale Koordinierungsstelle, welche für die Umsetzung des Projektes verantwortlich war. Von der Antragstellung über die Projektbetreuung bis hin zur Abrechnung wurden alle Aufgaben vom Fachdienst übernommen. Dabei standen 400.000 € zur Verfügung.



- Im Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit Altenburg wurde mitgearbeitet.
- Der Fachdienst bewirbt und unterstützt die Unternehmen bei der Teilnahme an wirtschaftlichen Wettbewerben wie z. B. des IQ-Innovationspreises oder innovative Projekte zur Stärkung des ländlichen Raumes.
- Die Organisation, Durchführung und Nachbereitung von Wirtschaftstreffen obliegt dem Fachdienst.
- Die monatlich stattfindende Tourismusrunde mit dem Landrat wird vom Fachdienst organisiert. Zusätzlich werden wichtige Einzelaufgaben wie der weitere Ausbau und die Verbesserung des Wegenetzes übernommen.
- Die Radwege im Altenburger Land als Tourismuselement werden unter Federführung des Fachdienstes und in Zusammenarbeit mit dem Fremdenverkehrsverband des Landkreises verwaltet.

Problemfelder

- Die im Berichtszeitraum zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel für den Fachdienst wurden in den letzten Jahren abermals zurückgefahren und gestatten kaum noch ein eigenes gestalterisches Wirken.
- Die Zahl der Mitarbeiter im Fachdienst ist im Vergleich zum Aufgaben- und Arbeitsaufkommen zu gering (Beschäftigtenzahl wurde auf 3,5 Vollbeschäftigteinheiten reduziert).

Ziele

- Zentrale Aufgabe des Fachdienstes sind die Mitwirkung bei Neuansiedlungen von Unternehmen, die damit verbundene Schaffung von Arbeitsplätzen im Landkreis und die Unterstützung der ansässigen Firmen in ihrer Entwicklung.
- Die Nutzung der Wachstumsinitiative und des Regionalbudgets zur weiteren gezielten Umsetzung von Projekten ist eine weitere Möglichkeit, um vorhandene positive Entwicklungen im Altenburger Land zu fördern.
- Die Fortführung der Umsetzung des Projektes „Bioenergieregion Altenburger Land“ durch Kooperationen mit weiteren Partnern ist eine wesentliche Aufgabe des Fachdienstes.
- Der Ausbau der Zusammenarbeit mit den angrenzenden Landkreisen wird durch den Fachdienst unterstützt.
- Die Durchführung von bzw. Beteiligung an Wirtschaftstagen, Messen, Ausstellungen und Foren wird durch den Fachdienst sichergestellt
- Die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit allen touristischen Partnern zur besseren Vermarktung unserer Region ist ein zentrales Thema, welches der Fachdienst bearbeitet.
- Gemeinsam mit der regionalen Wirtschaft soll ein Konzept entwickelt werden, welches auf eine verstärkte Zuwanderung von Fachkräften abzielt.

Fachbereichsleiter
Landrat Sieghardt Rydzewski

Fachdienstleiter
Wolfram Schlegel



Fachdienst 12 Öffentlichkeitsarbeit

Arbeitsbericht 2009 - 2011

- Aufgabe des Fachdienstes ist es, der allgemeinen wie auch gesetzlichen Informationspflicht der Kreisverwaltung gegenüber der Öffentlichkeit jederzeit nachzukommen. Dies wurde realisiert durch die Herausgabe des Amtsblattes, die Durchführung von Pressegesprächen, die regelmäßige Herausgabe von Pressemitteilungen, die Beantwortung von Medienanfragen sowie über das Internet.
- Unterstützend und beratend agierte der Fachdienst für verschiedene Projekte, Veranstaltungen und Messen, z.B. Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit, Expo Real, Junges Wohnen, Jugendschutzwoche, Bürgerbefragung.
- Die Qualität des Amtsblattes konnte vor allem im redaktionellen Bereich (Text und Fotografie) weiter verbessert werden. Zudem wurde das Layout überarbeitet und modernisiert.
- Verschiedene Flyer und Broschüren wurden inhaltlich aktualisiert und neu aufgelegt, so z. B. das Faltblatt für die Erziehungsberatungsstelle und für die Initiative Junges Wohnen. Völlig neu konzipiert und herausgegeben wurde 2011 eine Imagebroschüre des Landkreises. Darüber hinaus sind auch eine neue Freizeitkarte und in Zusammenarbeit mit dem Fremdenverkehrsverband Altenburger Land eine Tourismus- und Freizeitkarte erschienen. Neu aufgelegt wurde der Familienwegweiser.
- Federführend war der Fachdienst an der inhaltlichen und grafischen Entwicklung der Homepage www.schloss-tannenfeld.de beteiligt. Die Homepage des Landkreises betreffend wurden die ersten Arbeitsschritte zur Neugestaltung eingeleitet.
- 2011 wurden zwei Werbebanner produziert, die jetzt bei Presseterminen, auf Messen und bei weiteren öffentlichen Auftritten des Landkreises eingesetzt werden können.
- Dreharbeiten für verschiedene Film- und Fernsehproduktionen wurden vom Fachdienst organisiert, koordiniert und vertraglich geregelt.
- Zahlreiche Publikationen, Urkunden und Plakate wurden für diverse Anlässe gestaltet und gedruckt.
- Im Berichtszeitraum wurde der Fachdienst um eine Stelle reduziert. Von den derzeitigen 3 Stellen ist eine Stelle durch Arbeitszeitverkürzung auf 22 Wochenstunden reduziert worden.

Problemfelder

- Es stehen zu wenig finanzielle Mittel zur Verfügung, um alle wichtigen Publikationen der Kreisverwaltung regelmäßig auf den neuesten Stand zu bringen (überarbeitete Auflagen; Neuauflagen).
- Es besteht das Risiko, dass die angespannte personelle Situation sich negativ auf die Qualität in der Öffentlichkeitsarbeit auswirkt. Ausfallzeiten können kaum noch kompensiert werden.



Ziele

- Die Qualität der redaktionellen Beiträge im Amtsblatt muss weiter verbessert werden (speziell die der Beiträge von Fremd-Autoren).
- Die Homepage des Landkreises (letztmalig modernisiert 2006) bedarf einer dringenden Neugestaltung; dies soll 2012 realisiert werden.
- Die Pressearbeit ist weiter zu profilieren; hierbei gilt es, vor allem die Zusammenarbeit mit den Fachdiensten der Kreisverwaltung zu optimieren, um künftig noch mehr veröffentlichenswerte Informationen aus den einzelnen Bereichen zu publizieren.
- Geplant ist die Herausgabe einer neuen Wirtschaftsbroschüre; der Flyer über das Gebäude des Landratsamtes soll neu aufgelegt werden.

Fachbereichsleiter
Landrat Sieghardt Rydzewski

Pressesprecherin
Jana Fuchs



Fachdienst 13 Rechnungsprüfung

Arbeitsbericht 2009 - 2011

- Nach einem Grundsatz der Finanzwirtschaft muss derjenige Rechenschaft ablegen, der über fremde Mittel verfügt. Dies gilt sinngemäß auch für die kommunalen Körperschaften, die öffentliche Mittel bewirtschaften. Die Rechenschaftslegung beinhaltet den ordnungsgemäßen Nachweis aller Einnahmen und Ausgaben sowie die Entwicklung des Vermögens und der Verbindlichkeiten. Eine solche Bilanz der kommunalen Haushaltswirtschaft wird als Jahresrechnung bezeichnet. Der Gesetzgeber hat die Landkreise verpflichtet, Rechnungsprüfungsämter einzurichten, welche die Jahresrechnungen des Landkreises einer örtlichen Prüfung unterziehen. Neben der Prüfung der Ordnungsmäßigkeit und Rechtmäßigkeit ist der Auftrag der örtlichen Prüfung auch auf einen sparsamen und wirtschaftlichen Mitteleinsatz erweitert.
- Im Berichtszeitraum erfolgte die örtliche Prüfung der Jahresrechnungen des Landkreises für die Haushaltsjahre 2008 – 2010. Mit der Bestätigung der Prüfberichte stellte der Kreistag die Jahresrechnungen fest und entlastete auch den Landrat. Die Berichte beinhalteten unter anderem 23 Sonderprüfungen des Kreishaushaltes, 65 Verwendungsnachweisprüfungen bei Zuwendungsverfahren sowie 12 Prüfungen von Vergabeentscheidungen der Kreisverwaltung.
- Bei kreisangehörigen Städten und Gemeinden, in denen kein eigenes Rechnungsprüfungsamt eingerichtet ist, werden ebenso die örtlichen Prüfungen durchgeführt. Im betreffenden Zeitraum wurden 104 solcher kommunalen Jahresabschlüsse kontrolliert.
- Im Rahmen der Umsetzung des Konjunkturpaketes II wurden in unserem Fachdienst erhebliche Prüfungskapazitäten gebunden, da für jedes Einzelvorhaben nach dessen Abschluss ein Prüfungsvermerk auf Grundlage des Verwendungsnachweises erarbeitet werden musste. Bis Ende des Jahres 2011 wurden 200 solcher Prüfungsvermerke erstellt.

Problemfelder

- Die Einführung einer Prüfungssoftware war erst im Oktober 2010 abgeschlossen. Seitdem konnte effektiv am Abbau von Prüfungsrückständen gearbeitet werden. Dies wird kontinuierlich fortgesetzt, wobei die Aufarbeitung der Rückstände erst mittelfristig abgeschlossen werden kann.
- Mit den Prüfungsrückständen ist eine zeitnahe Auseinandersetzung mit der geprüften Haushaltswirtschaft nur noch schlecht möglich. Somit werden die Steuerungsmöglichkeiten für die Verwaltung eingeschränkt.
- Die wiederkehrende Implementierung zusätzlicher Prüfungsaufgaben bindet vermehrt Prüfungskapazitäten, die beim Abbau der Prüfungsrückstände fehlen.



Ziele

- Im Freistaat Thüringen basieren grundsätzliche Vorschriften zur Haushaltswirtschaft auf einem Stand von vor über 20 Jahren. Von da an waren nicht nur enorme technische Veränderungen zu verzeichnen, sondern auch die Verwaltungen mit ihrem Personal und die kommunalen Entscheidungsträger haben sich weiter entwickelt. Es ist überfällig, diesen Entwicklungen Rechnung zu tragen.
- Der Freistaat Thüringen leistet sich im Vergleich zu anderen Bundesländern eine sehr aufwendige Rechnungsprüfung, deren Anforderungen sowohl auf Kreisebene, als auch auf Landesebene nur mit mehr Personal erfüllt werden könnten. Eine damit einhergehende Verteuerung des Prüfungswesens widerspricht jedoch sämtlichen Entwicklungstendenzen. Ziel sollte es sein, nicht erst mittelfristig das Prüfungswesen so zu gestalten, dass dieses auch wieder Effizienz entfalten kann und die durchschnittlichen Kosten pro Prüfungseinheit verringert werden. Mit den jetzigen Aufgaben und deren Verteilung wird man diesen Ansprüchen nicht Genüge tun können. Auf die erhöhten Anforderungen aus dem doppelten Rechnungswesen ist hierbei noch nicht einmal eingegangen worden. Bezieht man dies in die Überlegungen mit ein, so würde sich der Prüfungsumfang mindestens um weitere 30 Prozent erhöhen. Der Fachdienst Rechnungsprüfung versucht sich aktiv in die Diskussion zur Neugestaltung des Prüfungswesens zwischen dem Gesetzgeber und den kommunalen Spitzenverbänden einzubringen.

Fachbereichsleiter
Landrat Sieghardt Rydzewski

Fachdienstleiter
Ralph Lorenz



Fachdienst 14 Kommunalaufsicht

Arbeitsbericht 2009 - 2011

- Die Ausübung der Kommunalaufsicht ist eine gesetzliche Pflichtaufgabe des Landkreises; diese dient der Kontrolle, dass die Träger des Selbstverwaltungsrechtes im Rahmen der gesetzlichen Regelungen handeln.
- Durch den Fachdienst erfolgten neben der Aufsicht über die Kommunalwahlen insbesondere umfangreiche Beratungen der Gemeinden und Aufgabenträger in Rechtsfragen, Überprüfungen der kommunalen Haushaltswirtschaft (bis heute ist keine Stadt oder Gemeinde des Landkreises auf Überbrückungshilfe bzw. Bedarfszuweisungen angewiesen), Prüfungen von Vergaben sowie von Haushaltskonsolidierungskonzepten, Zinshilfeanträgen und kommunalverfassungsrechtlichen Streitigkeiten sowie von Kalkulationen verschiedener Kommunalabgaben.
- Die Wahrnehmung der Aufgabe als Bewilligungsbehörde für die Gewährung von Finanzhilfe nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz wurde uns Anfang 2009 neu zugewiesen.
An die Gemeinden des Landkreises konnten so für Investitionsmaßnahmen im Bildungs- und Infrastrukturbereich über 5 Millionen Euro ausgereicht werden, die in rund 200 verschiedene Projekte der Kommunen und freien Träger flossen. Dies erforderte (neben der Unterstützung der Kommunen bei der Auswahl förderfähiger Projekte) über 1000 Einzelentscheidungen, insbesondere in Form von Ausgangs- und Änderungsbescheiden, Mittelabrufen und abschließender Prüfung von Verwendungsnachweisen.
- Als Widerspruchsbehörde wurden mehr als 1000 Widerspruchsverfahren bearbeitet.
- Über 800 Haushalts- bzw. Nachtragshaushalts- und Wirtschaftspläne sowie Fördermittelanträge und Zinsbeihilfeanträge wurden geprüft bzw. genehmigt.
- Ca. 470 Satzungen/Satzungsänderungen, -entwürfe waren zu prüfen und zu genehmigen.
- Ca. 900 Berichte, Stellungnahmen, Vorprüfungen und Statistiken sowie ca. 260 Petitionen und Beschwerden wurden (auch zur Unterstützung der Arbeit von Oberbehörden) bearbeitet bzw. gefertigt.
- Rechtsfragen im Zusammenhang mit freiwilligen Gebiets-/ Bestandsänderungen wurden bearbeitet, erforderliche Genehmigungsverfahren durchgeführt bzw. für den Gesetzgeber vorbereitet.
- Zahlreiche sonstige Aufgaben wurden erfüllt (z. B. die Prüfung disziplinarrechtlicher Maßnahmen, von Grundschuldbestellungen, kreditähnlichen Rechtsgeschäften und Finanzhilfeanträgen).

Problemfelder

- Im Kommunalabgabenrecht sind teilweise in erheblichem Umfang Widerspruchsverfahren durchzuführen, die Transparenz und Angemessenheit eingeforderter Kommunalabgaben erscheint noch verstärkter Anstrengungen zu bedürfen.



Ziele

- Einige Kommunen und Aufgabenträger sollen weiterhin hinsichtlich einer umfassenden Information der Abgabenschuldner verstärkt beraten werden. Dies gilt entsprechend für die rechtzeitige und zulässige Ausübung von Wahlrechten bei dem Erlass von Satzungen nach Maßgabe des 7. Gesetzes zur Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes.
- Die Absicherung der erreichten Konsolidierung kommunaler Haushalte soll ebenso unterstützt werden wie die Durchführung weiterer Investitionsmaßnahmen nach Auslaufen des Konjunkturpakets.
- Weitere freiwillige Zusammenschlüsse von Gemeinden werden wir auch künftig fortlaufend beratend begleiten.

Fachbereichsleiter
Landrat Sieghardt Rydzewski

Fachdienstleiter
Philipp Klimmt



Fachdienst 20 Organisation/IT

Arbeitsbericht 2009 – 2011

- Organisation: Die allgemeine Organisation umfasst alle Aufgaben zur Entwicklung und Sicherstellung eines ordnungsgemäßen Betriebsablaufes (Verwaltungsstruktur, Regelwerk, Geschäftsverteilung, Stellenbewertung, Rationalisierungskonzepte, Organisationsuntersuchungen, Aufgabenkritik).
- IT: Der Bereich Informationstechnik (IT) umfasst die Sicherstellung der Betriebsbereitschaft der gesamten Datenverarbeitung des Landratsamtes mit einem komplett vernetzten System von Servern, Datensicherungs-Systemen, Firewall- und Virenschutzsystem, ca. 450 Computerarbeitsplätzen, ca. 120 Fachverfahren, Intranetportal, Internet, Mailsystem, Telefonanlagen usw.
- Das selbst entwickelte System der leistungsorientierten Bezahlung nach § 18 TVöD wurde erfolgreich angewandt und im Jahr 2011 auf die Bediensteten im Schlachthof ausgeweitet.
- Organisationsuntersuchungen zur Stellenbemessung wurden in den Bereichen Unterhalt (Stellenbeibehaltung), Bauordnung (Stellenreduzierung) sowie Allgemeiner Sozialer Dienst (Stellenerhöhung) durchgeführt.
- Es wurden 48 Stellen- bzw. Dienstpostenbewertungen vorgenommen und der neue Sozial- und Erziehungstarif eingeführt.
- Der Internet-Formularservice konnte auf mehr als 170 elektronische Formulare ausgebaut und teilweise um aktive Formularfunktionen erweitert werden.
- Der Schlachthof, die Volkshochschule, die Erziehungsberatungsstelle sowie die Musikschule wurden 2009 an das Datennetz des Landratsamtes angebunden.
- Mit der umfassenden Realisierung des Systems der Server-Virtualisierung konnten die ehemals 29 physischen Server auf 12 Geräte reduziert werden. Gleichzeitig wurden hierdurch neben einer wesentlich höheren System- und Datensicherheit enorme Stromkostenreduzierungen erreicht.
- Durch Redundanz-Lösungen (verfügbare Ausweichsysteme) sind im IT-Bereich Hochverfügbarkeits-Strukturen geschaffen worden, die Ausfälle der zentralen EDV reduzieren bzw. ihre Wiedernutzbarkeit beschleunigen sollen.
- Das Geoinformationssystem (GIS) konnte einer umfassenden Nutzung zugeführt werden. Wesentliche Grundlage hierfür bildeten die vom Freistaat bereitgestellten Daten der Automatisierten Liegenschaftskarte (ALK), die flächendeckenden Luftbilder von den Überfliegungen des Landkreises sowie die elektronischen Daten des allgemeinen Liegenschaftsbuches (ALB).
- Es erfolgte eine intensive Zusammenarbeit mit den Städten Gera, Jena und Altenburg im Rahmen der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft „Regionale Internetplattform Ostthüringen“. Umfangreiche Synergieeffekte – z. B. durch gemeinsame Nutzung von Medien wie den Formularserver in Jena oder die Mitnutzung bereits erarbeiteter eFormulare u. ä. – waren die positive Folge.

Problemfelder

- Durch die fortschreitende Technisierung und allseitige Zunahme EDV-gesteuerter Arbeitsabläufe ist fast jedes Arbeits- oder Organisationsprojekt quasi auch ein IT-Projekt. Vielschichtigkeit und Bandbreite der Anforderungen an das Personal im Fachdienst 20 nehmen damit immer mehr zu.



- Mit der wachsenden Abhängigkeit der Bediensteten von funktionierender Hard- und Software wächst der Druck auf die Mitarbeiter im EDV-Bereich, da Probleme in den meisten Fällen ad hoc zu lösen sind.
- Die verfügbaren IT-Mittel haben sich nicht annähernd entwickelt wie das Wachstum in diesem Bereich. Auswirkungen sind u. a. alte und zum Teil anfällige Systeme, wie z. B. die Hardware der elektronischen Zeiterfassung aus 1998, größtenteils bestehend aus ausgesonderten Geräten anderer Behörden bzw. Unternehmen, oder Telefone von 1997.
- Die teils überalterte Hardware führt zu unverhältnismäßig hohem personellem Unterhaltsaufwand.
- Viele eGovernment-Maßnahmen können nicht medienbruchfrei elektronisch realisiert werden, da Dienstleistungen in Folge rechtlicher Vorgaben oft nur schriftlich oder mit qualifizierter elektronischer Signatur beantragt werden dürfen.
- Die schlechte Internet-Versorgung mit ungenügend verfügbarer Bandbreite in Schmölln wirkt sich negativ auf die IT-Nutzbarkeit in der Außenstelle aus, da sämtliche EDV-Leistungen aus der Zentralstelle in Altenburg abgerufen werden müssen.

Ziele

- Die erreichten Standards in der EDV bezüglich Hochverfügbarkeit, Redundanz, Datensicherheit inklusive Backup, Speicher-Netzwerk (SAN) sowie Datenschutz sind zu sichern und bedarfsweise auszubauen. Sie bilden die technisch-funktionale Basis für die Arbeit aller Bediensteten.
- Der weitere Ausbau von eGovernment-Maßnahmen zur Optimierung von Verwaltungsabläufen bleibt eines der wesentlichsten Ziele für die Zukunft. Insbesondere sollen Synergien und Effizienzsteigerungen nach innen (Geschäftsprozess-Optimierung) und damit einhergehend eine verbesserte Kundenorientierung nach außen (Service-Optimierung) befördert werden.
- Zeitnah sollen mittels elektronischer Workflow-Systeme Dienstleistungen unter Einbindung mehrerer Beteiligter weitestgehend oder vollständig über das Internet abgewickelt werden. An ersten Anwendungen wird derzeit gearbeitet.
- Unsere Homepage muss als wichtiges Medium im Sinne einer Dienstleistungs- und Informationsplattform ständig den Entwicklungen angepasst werden. Im engen Zusammenwirken mit den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerservice sollen sowohl inhaltlich, als auch hinsichtlich Design und Barrierefreiheit zeitnah weitere Entwicklungen vorgenommen werden.
- Künftig muss noch stärker die Verknüpfung von Fachdaten und Geoinformationssystemen (GIS) erfolgen. Damit wird eine neue Qualität bei raumbezogenen Entscheidungsfindungen mit komplexen Sachverhalten erreicht.
- Insbesondere aufgrund begrenzter Raumkapazitäten wird die elektronische Archivierung (Digitalisierung) von papierem Schriftgut mittelfristig in den Fokus rücken.

Fachbereichsleiter
Ludger Boße

Fachdienstleiter
Steffen Wiegner



Fachdienst 21 Personal

Arbeitsbericht 2009 - 2011

- Die zentralen Aufgaben im Fachdienst Personal sind die Personalplanung, die Personalbewirtschaftung, die Personalentwicklung und die Betreuung des Personals. Der Fachdienst Personal hat eine Schlüsselrolle, die personelle Leistungsfähigkeit des Landratsamtes nachhaltig unter der Maßgabe einer effizienten Mittelbewirtschaftung zu sichern.
- Als erster Landkreis haben wir im Jahr 2009 gemeinsam mit dem Thüringer Netzwerk für Demographie eine Altersstrukturanalyse für die Verwaltung erarbeitet.
- Das 2009 eingeführte betriebliche Eingliederungsmanagement dient der Überwindung von Dienst- und Arbeitsunfähigkeit und Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit. Seitdem wurden 100 Beschäftigte bei Wiederaufnahme in den Arbeitsprozess begleitet. Für die erfolgreiche Umsetzung des Eingliederungsmanagements erhielt das Landratsamt als einziger öffentlicher Arbeitgeber eine Prämie vom Thüringer Integrationsamt.
- 2009 und 2011 sind Gesundheitstage zur Information der Beschäftigten über Prävention und Gesundheitsförderung durchgeführt worden.
- Die Dienstvereinbarung leistungsorientiertes Entgelt und die Einführung des leistungsorientierten Entgelts für die Beschäftigten nach dem Tarifvertrag Fleischuntersuchung wurden zielsicher umgesetzt.
- Nachdem 2008 die freiwillige Arbeitszeitverkürzung endete, entschlossen sich 65 % der Beschäftigten, wiederum das Angebot des Arbeitgebers bis zum 31.12.2010 anzunehmen. Durch diesen freiwilligen Verzicht der Beschäftigten wurde 2010 eine Kostenersparnis von ca. 650 T€ für den Gesamthaushalt erbracht.
- Mit Beginn des Jahres 2011 entschieden sich 58 % der Beschäftigten, das Arbeitgeberangebot in Anspruch zu nehmen und verkürzten somit bis zum 31.12.2012 freiwillig ihre Arbeitszeit auf 38 bzw. 36 Wochenstunden. Die Kostenersparnis betrug 2011 476 T€ für den Gesamthaushalt.
- Im Berichtszeitraum wurden 13 Ausbildungsstellen geschaffen und 6 ehemalige Auszubildende in ein Arbeitsverhältnis übernommen.
- 251 vorwiegend jungen Menschen wurde die Möglichkeit gegeben, über ein Praktikum die Arbeit der Kreisverwaltung kennenzulernen.
11 Zivildienststellen wurden in Stellen für den Bundesfreiwilligendienst umgewandelt.
- Gemeinsam mit 6 anderen Thüringer Landratsämtern und der Bildungszentrum Saalfeld GmbH wurde 2011 ein Pilotprojekt zur Fortbildung von Führungs- und Nachwuchsführungskräften für die Dauer von 3 Jahren gestartet. Ziel ist die Stärkung der Führungskompetenzen. Das Projekt ist Bestandteil der Bundesinitiative „weiter bilden“.

Problemfelder

- Es fehlt weiterhin, als wichtiges Gestaltungselement des TVöD, die neue Entgeltordnung.



- 17,8 % der Beschäftigten sind zum 31.12.2012 über 60 Jahre. Sie haben die Möglichkeit des vorzeitigen individuellen Renteneintritts. Eine zeit- und bedarfsgerechte mittelfristige Personalplanung ist dadurch erschwert.
- Eine Personalreserve zur bedarfsgerechten Kompensierung kurzfristiger Ausfälle ist schon seit Jahren nicht mehr vorhanden.
- Die zurückgehenden Schulabgängerzahlen werden in naher Zukunft den Wettbewerb um die besten Nachwuchskräfte zwischen der Wirtschaft und den öffentlichen Verwaltungen weiter verstärken.

Ziele

- Auf das steigende Durchschnittsalter der Beschäftigten ist zu reagieren. Es müssen solche Maßnahmen ergriffen werden, die die Arbeitsfähigkeit, Innovationsfähigkeit und die Motivation der älteren Beschäftigten sicherstellen. Dazu gehören u. a. eine moderne flexible Arbeitszeit- und Arbeitsplatzgestaltung und gesundheitsfördernde Maßnahmen. Die gemeinsame Durchführung von Projekten in altersgemischten Teams und die kontinuierliche Weiterbildung der älteren Beschäftigten sind weitere Herausforderungen.
- Es sind personelle und finanzielle Voraussetzungen zu schaffen, um den Wissenstransfer zwischen den Generationen schon vor dem Austritt aus dem Arbeitsprozess zu kompensieren. Die neuen Stelleninhaber sind rechtzeitig auszuwählen und ggf. sind die Stellen kurzzeitig doppelt zu besetzen. Das beugt dem Verlust von Erfahrungswissen vor. Dort, wo dies aus personellen Gründen nicht möglich ist, sollte für den Stellennachfolger eine Dokumentation mit den wichtigsten Informationen zu Fertigkeiten, Methoden, Netzwerkpartnern etc. erarbeitet werden.
- Die Anzahl, Art und Fachrichtung der Ausbildungsstellen auf der Grundlage der Altersstrukturanalyse sind ständig zu aktualisieren und bedarfsgerecht anzupassen. Die Übernahme der Auszubildenden ist bei Erfüllung der Voraussetzungen in unbefristete Arbeitsverträge umzusetzen, um Leistungsträger für die Zukunft zu entwickeln.
- Um dem Fachkräftemangel frühzeitig zu begegnen, sind innovative Formen der Nachwuchskräfteentwicklung zu nutzen und ein Ausbildungsmarketing zu entwickeln.
- Das betriebliche Gesundheitsmanagement als Führungsaufgabe ist weiter fortzusetzen.

Fachbereichsleiter
Ludger Boße

Fachdienstleiterin
Marion Hertling



Fachdienst 22 Zentrale Dienste

Arbeitsbericht 2009 - 2011

Dem Fachdienst Zentrale Dienste sind im Sinne eines Dienstleisters nachfolgende Aufgaben zugeordnet:

zentrale Beschaffung von Verbrauchsmaterialien und Dienstleistungen, zentrale Postbearbeitung und Kopierstelle, laufende Bewirtschaftung, Unterhaltung und Ausstattung der Verwaltungsgebäude sowie der technischen Anlagen inklusive Hausmeisterdienste, zentraler Fuhrpark, Kreisarchiv sowie Versicherungsangelegenheiten.

- Im Berichtszeitraum wurden fortlaufend bestehende Verträge in den Bereichen Beschaffung, Reinigung, Wartung, Versicherung und Fuhrpark hinsichtlich deren Wirtschaftlichkeit analysiert. Neu ausgeschriebene Verträge führten zu Kostensenkungen (z. B. Kopierer) bzw. zur Minimierung von Kostensteigerungen (z. B. Reinigung, Fuhrpark).
- Seit 2009 erfolgte jährlich eine Inventur des Bestandes. Hierzu wurden über 13.000 Datensätze in das neue Inventurprogramm eingepflegt.
- In Vorbereitung der Budgetierung wurde eine neue Materialverwaltungssoftware eingeführt. Gleichzeitig wurden Budgets bei Büromaterial, Formularen, Porto-, Fernmeldegebühren sowie in der Bücherei gebildet, um die Kosten und deren Entwicklung besser kontrollieren zu können.
- Im Rahmen des Veranstaltungsmanagements war der Fachdienst in jährlich über 100 Veranstaltungen bei der Vorbereitung, Mitwirkung bzw. Durchführung eingebunden.
- Die Wirtschaftlichkeit des Fuhrparks wurde weiter optimiert. Hierzu wurden das interne Controlling fortgeführt und Stillstände minimiert. Zur Wirtschaftlichkeit des Fuhrparks trug auch der erfolgte Ersatz überalterter, reparaturanfälliger Pkws (Baujahre 1997/1998) durch junge gebrauchte Pkws bei. Die Beschaffung verbrauchsarmer Leasingfahrzeuge wurde fortgeführt, um einen Teil der gestiegenen Kraftstoffkosten zu kompensieren.
- Auf Grund der verminderten Schadenentwicklung, insbesondere im Bereich der Sachversicherung, konnten die Versicherungsprämien stabil gehalten werden.
- 2010 beteiligte sich das Kreisarchiv am „Tag des offenen Denkmals“. In den übrigen Jahren des Berichtszeitraums war das Kreisarchiv in die Vorbereitungen eingebunden. Gleiches gilt für die jährlichen Treffen der Ortschronisten und Heimatforscher. Im Berichtszeitraum wurden über 800 Direktbenutzer betreut und Auskünfte zu rund 600 Anfragen erteilt.

Problemfelder

- Die Bereitstellung von finanziellen Mitteln im Rahmen des Haushaltsplanes ist an mehreren Stellen zu gering (z. B. Verwaltungsbücherei, Büro- und Verbrauchsmaterial, Reinigung, Büromöbel), um den Anforderungen voll umfänglich gerecht zu werden.



- Ungeachtet der positiven Entwicklung im Bereich der Sachversicherung ist leider immer noch eine hohe Anzahl von Vandalismusschäden zu verzeichnen. Diese Schäden werden überwiegend nicht vom Versicherer reguliert und müssen mit hohem finanziellem Aufwand durch den Fachdienst Hochbau und Liegenschaften beseitigt werden.
- Dem Kreisarchiv stehen nach wie vor keine Mittel zur Restaurierung bzw. Verfilmung von einmaligem Archivgut zur Verfügung.

Ziele

- Die ressortübergreifende Zusammenarbeit ist zu stärken, mit dem Ziel, noch mehr Synergieeffekte zu nutzen und Folgekosten zu minimieren.
- Die bestehenden Verträge in den Bereichen der Beschaffung, Wartung und Versicherung sind kontinuierlich auf marktgerechte Preise und Wirtschaftlichkeit zu prüfen und an den Bedarf anzupassen.
- Die ältesten Pkws des zentralen Fuhrparks sind in den kommenden Jahren sukzessive durch Ersatzbeschaffungen zu ersetzen, um den Reparaturaufwand und Kraftstoffverbrauch weiter zu senken.
- Der gesamte Bestand inklusive der Neuzugänge ist mit dem vorhandenen Archivprogramm zu erfassen. Mittelfristig sind weitere Archivkapazitäten zu schaffen. Die Sicherung von einmaligem Archivgut muss erfolgen.

Fachbereichsleiter
Ludger Boße

Fachdienstleiter
Matthias Timm



Fachdienst 23 Recht

Arbeitsbericht 2009 - 2011

Der Fachdienst ist für alle grundlegenden juristischen Aufgaben des Landkreises zuständig. Er führt die Rechtsstreitigkeiten des Landkreises vor den Gerichten und außergerichtlichen Verhandlungen, berät die gesamte Verwaltung in Rechtsangelegenheiten und wirkt bei Satzungen, Ordnungen, Richtlinien und Verträgen mit.

Sämtliche Ordnungswidrigkeitsverfahren des Landratsamtes werden seitens des FD durchgeführt. Genehmigungen nach der Grundstücksverkehrsordnung werden erteilt.

Im Berichtszeitraum wurden 3.672 Bußgeldverfahren und damit 820 Verfahren mehr als im vorangegangenen Zeitraum bearbeitet. Zudem wurden 1.505 Genehmigungen nach der Grundstücksverkehrsordnung erteilt.

Neben dem Erlass und Vollzug der Bußgeldbescheide erfolgt seit 2011 auch die vollständige Vermittlung und Betreuung Jugendlicher nach Umwandlung der Geldbuße in Arbeitsstunden.

Problemfelder

- Die Tendenz der stetig steigenden Anzahl an Ordnungswidrigkeitsverfahren hat sich fortgesetzt. Neben dem hierdurch bedingten Arbeitsaufwand stieg dieser zusätzlich durch den stark erhöhten Anteil der Fälle, in denen das Bußgeld in Arbeitsstunden umgewandelt wurde. Dies erfolgte im gesamten Berichtszeitraum in 294 und davon allein im Jahr 2011 in 177 Fällen.
- Das Problem des erhöhten Arbeitsaufwandes korrespondierte mit den personellen Problemen des Fachdienstes aufgrund mehrfacher und langfristig erforderlich gewordener Vertretungen.
- Das Hauptproblemfeld der Bearbeitung der großen Klagemengen im Bereich des SGB II, welche die anderweitige juristische Tätigkeit erheblich einschränkte und einen enormen Arbeitsaufwand in logistischer Hinsicht verursachte, ist mit Bildung des Jobcenters ab dem 01.01.2012 beendet.

Ziele

- Trotz Leitung der Landratswahl 2012 durch den Fachdienstleiter sind die Klageverfahren in allen Bereichen zu bewältigen.
- Zur Vermeidung gerichtlicher Auseinandersetzungen bzw. zur Verbesserung der Verfahrensaussichten ist beabsichtigt, die Beratung der Fachdienste auszubauen.

Fachbereichsleiter
Ludger Boße

Fachdienstleiter
Thomas Wolf





Fachdienst 24 Bürgerservice und Kultur

Arbeitsbericht 2009 - 2011

- Der Bürgerservice ist die zentrale Anlaufstelle der Kreisverwaltung für die Bürgerinnen und Bürger. Er berät und vermittelt in zahlreichen Angelegenheiten der Verwaltung und des öffentlichen Lebens.
- Die Anzahl der wöchentlich direkt oder per Telefon beratenen Bürger stieg 2009 auf 1.408 und pegelte sich 2010 (1.236) und 2011 (1.297) wieder auf den vergleichbaren Durchschnitt der Vorjahre ein.
- Nach der Wiederaufnahme der Sprechzeiten im Bürgerservice Schmölln wurden bei einer wöchentlichen Öffnungszeit von nur 16,5 h an 2 Tagen durchschnittlich 185 Bürgeranliegen geklärt.
- Im Jahr 2010 ging die Aufgabe der Unterhaltssicherung für Wehr- und Zivildienstleistende als abschließende Sachbearbeitung an den Bürgerservice über. 2011 unterstützte der Bürgerservice die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes. Der Wegfall der qualitativen Antragsentgegennahme im Bereich Ausbildungsförderung und Veränderungen im Antragsverfahren der Rundfunkgebührenbefreiung beeinflussten die rückläufigen Besucherzahlen 2010.
- Der Zuständigkeitsfinder im Internetangebot wird kontinuierlich aktualisiert. Zurzeit sind 845 Leistungen mit 444 anhängigen Formularen veröffentlicht und für Bürger abrufbar.
- Der Veranstaltungskalender im Internet hat eine breitere Akzeptanz erzielt. Darauf basiert ein Veranstaltungsheft, welches kostenlos an alle Haushalte im Landkreis verteilt wird.
- Der Bereich Kultur koordiniert einen Teil der Aktivitäten im Landkreis und organisiert die eigenen kulturellen Veranstaltungen.
- Mit 22 Ausstellungen im Lichthof des Landratsamtes zu Malerei, Grafik, Fotografie, Umwelt, Gesundheit und Politik wurden über 8.000 Besucher erreicht.
- Im Berichtszeitraum beteiligten sich bei 3 Literaturwettbewerben des Landkreises 61 Schülerinnen und Schüler aller Altersklassen mit Gedichten, Erzählungen und Geschichten.
- Der Bestand der Kreisergänzungsbibliothek ist um 942 Bücher erweitert worden und liegt jetzt bei 12.600 Medieneinheiten.
- Unter Regie des Fachdienstes präsentierte sich der Landkreis mit zahlreichen Vereinen zum Thüringentag in Greiz und Gotha.
- Das Altenburger Musikfestival als fester Bestandteil des kulturellen Sommerlebens hat in den Gemeinden Ponitz, Treben, Göpfersdorf feste Auftrittsorte gefunden. Der Landkreis als Unterstützer setzte sich dabei besonders für die Gewinnung neuer Partner, wie Schmölln, Meuselwitz und Löbichau ein.
- Das jährlich vom Fachdienst organisierte Treffen der Ortschronisten stößt bei Heimatfreunden über die Kreisgrenzen hinaus auf Interesse und wurde im Staatsarchiv Altenburg, Meuselwitz und Dobitschen durchgeführt.



- Die qualitativ gute Zusammenarbeit im Bereich Heimatpflege, die durch den ehrenamtlichen Kreisheimatpfleger, den Verein Altenburger Bauernhöfe und die Stadt Altenburg in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe mit unserem Fachdienst kontinuierlich gestaltet wird, führte 2009 zur Initiative, sich für die Durchführung des Landestrachtenfestes 2012 in unserem Landkreis zu bewerben. Das Deutsche Trachtenfest wird im Juni 2012 in unserem Landkreis stattfinden. 2011 wurde die Altenburger Tracht als Tracht des Jahres geehrt und der Deutsche Trachtentag fand in Altenburg statt.
- Die Fachdienstleiterin nimmt zusätzlich die Aufgaben der Ausländerbeauftragten wahr. Seit Bestehen des Netzwerkes Integration sind zunehmende Aktivität, Zusammenarbeit und Akzeptanz verschiedener Partner zu verzeichnen.

Problemfelder

- Die interne Wahrnehmung der Aufgaben des Bürgerservice als Schnittstelle zwischen Bürger und Verwaltung bleibt verbesserungsbedürftig. Die räumliche Situation lässt wenig Spielraum zur Trennung der Arbeitsabläufe unter Beachtung des Datenschutzes.
- Der Handlungsspielraum, eigene kulturelle Vorhaben unter Beachtung finanzieller und personeller Einschränkungen bei gleichzeitiger Erledigung aller weiteren Aufgaben des Fachdienstes durchzuführen, wird immer enger.

Ziele

- Die Ausgestaltung eines breiten Serviceangebotes mit verstärkter qualitativer Antragsentgegennahme für die Bürgerinnen und Bürger muss weiter realisiert werden.
- Die Aufrechterhaltung kultureller Angebote (Vernissagen, Veranstaltungskalender, Vereinsförderung, Traditionspflege, Literaturwettbewerb) durch weitere Angebotsvernetzung und Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern soll unbedingt fortgeführt werden.
- Die Integrationsarbeit für den Landkreis ist mit Hilfe des Netzwerkes Integration und des Freundeskreises Asyl weiter auszugestalten.

Fachbereichsleiter
Ludger Boße

Fachdienstleiterin
Angela Kiesewetter-Lorenz



Fachdienst 30 Jugendamt/Wirtschaftliche Hilfen

Arbeitsbericht 2009 - 2011

- Die Aufgaben des Fachdienstes umfassen die gesamte Finanzplanung und das –controlling des Fachbereiches Soziales und Jugend, die Bewirtschaftung der Hilfen zur Erziehung, die Übernahme der Elternbeiträge für Kindertagesstätten, außerdem die Verhandlung und den Abschluss von Kosten- und Entgeltvereinbarungen mit Trägern der Jugend- und Sozialhilfe sowie die Planung, Ausreichung, Abrechnung und Prüfung der Jugendförderplanprojekte und sonstiger Zuschüsse an freie Träger der Jugendhilfe, die Jugendhilfe- und Sozialplanung sowie die Software-Systembetreuung für die Leistungen im SGB XII.
Die Aufgabenkomplexität des Fachdienstes seit dem Jahr 2004 hat sich bewährt und ist unter dem Gesichtspunkt der ständig steigenden Kosten im gesamten Sozial- und Jugendhilfebereich heute nicht mehr wegzudenken. Eine Mittelbewirtschaftung dieser Größenordnung wäre ohne eine qualitätsgerechte Mittelplanung und -kontrolle nicht mehr zu leisten.
- Das Ausgabevolumen allein in der Jugendhilfe nach SGB VIII entwickelte sich im Jahr 2009 von rd. 6,8 Mio. € auf rd. 7,2 Mio. € im Jahr 2011, darunter für Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit von 758,5 T€ auf 703,1 T€, für die Hilfen zur Erziehung/Eingliederungshilfe von 4,9 Mio. € auf 5,2 Mio. €. Der FD 30 leistet die finanziellen Hilfen an die freien Träger der Jugendhilfe und Familien und erhebt die Kostenbeiträge. Die fachliche Bewilligung der Hilfen zur Erziehung/Eingliederungshilfen und sonstigen Familienhilfen erfolgt im Fachdienst 33 Allgemeiner Sozialer Dienst. Das Ausgabevolumen für die Übernahme der Elternbeiträge Kindertagesstätten stieg von 878,5 T€ auf 897,4 T€. Der FD bewilligte für durchschnittlich 815 Kinder monatlich die Übernahme der Elternbeiträge Kindertagesstätten.
- Sowohl in der Jugendhilfe als auch in der Eingliederungshilfe gem. SGB XII werden bedarfsgerecht Kosten- und Leistungsvereinbarungen, Leistungs-, Qualitätsentwicklungs- und Entgeltvereinbarungen sowie Leistungs-, Vergütungs- und Prüfungsvereinbarungen für ambulante Maßnahmen und teilstationäre/stationäre Einrichtungen abgeschlossen. Durch die einheitliche Herangehensweise können somit Synergieeffekte erreicht werden.
- Der Jugendförderplan und der Fachplan Kindertageseinrichtungen werden jährlich fortgeschrieben, die weitere Jugendhilfeplanung liegt in unterschiedlichem Bearbeitungsstand vor. Die Sozialhilfeplanung wird im Rahmen der personellen Möglichkeiten weiter bearbeitet. Diese liegt vorerst in Form von Erhebungen zur ambulanten, teil- und vollstationären Versorgungsstruktur vor und wird regelmäßig fortgeschrieben.
- Im Jahr 2009 gab das Landratsamt einen „Familienwegweiser“ heraus, der u.a. das Aufgabenspektrum und die Angebote des Fachbereiches Soziales und Jugend noch stärker in die Öffentlichkeit rückte.



Problemfelder

- Durch die getrennte Aufgabenwahrnehmung zwischen Landratsamt und Arbeitsagentur im Bereich Grundsicherung für Arbeitsuchende musste ein aufwändiger Neuaufbau im Finanzcontrolling und der Statistik erfolgen. Ab 2011 kamen die Leistungen für Bildung und Teilhabe hinzu. Die statistische Erfassung und Auswertung der einzelnen Hilfearten und die zugehörige Mittelbewirtschaftung zur korrekten Abrechnung der Bundesmittel sind personell eine große Herausforderung.
- In der Jugendhilfe führen häufige Änderungen im Sozialgesetzbuch (SGB) Achtes Buch (VIII) Kinder- und Jugendhilfe und anderen Gesetzen bei gleichbleibendem Personaleinsatz zu Schwierigkeiten bei der kontinuierlichen Finanzplanung und Umsetzung.
Die verstärkten Zu- und Abgänge von Hilfen zur Erziehung innerhalb kurzer Zeiträume, wie z.B. in den Tagesgruppen, stationären Hilfen, Vollzeitpflege, Inobhutnahmen, Hilfen für Mütter/Väter und Kind sowie Tagespflege forderten die wirtschaftliche Jugendhilfe bis an ihre Grenzen. Bei der Berechnung der Übernahme der Elternbeiträge Kindertagesstätten führen die Multiproblemlagen der Leistungsberechtigten und deren häufig wechselnder Rechtskreis im SGB II- / Wohngeld- /Niedriglohnbereich zu kaum beherrschbarem Verwaltungsaufwand und hoher psychischer Belastung der Sachbearbeiter.
- Die Kosten- und Entgeltverhandlungen mit Trägern der freien Jugendhilfe und der freien Wohlfahrtspflege gestalten sich zunehmend schwieriger und zeitaufwändiger, da die Forderungen der Träger oft wesentlich von dem zur Verfügung stehenden Finanzrahmen abweichen.
- Insgesamt erzeugen die äußeren Rahmenbedingungen für unseren Fachdienst einen zunehmend höheren Verwaltungsaufwand, der immer schwieriger mit dem begrenzt vorhandenen Personal abgeleistet werden muss.

Ziele

- Ein strenges Finanzcontrolling kann Entwicklungen darstellen und analysieren. Ebenso dient die vergleichbare Kennzahlenerfassung in der Integrierten Berichterstattung Thüringen, an der sich das Jugendamt seit 2009 beteiligt, der Darstellung von Situationen und Tendenzen der Hilfen zur Erziehung. Mit dem Aufbau eines Fach- und Finanzcontrollings im Rahmen der Jugendhilfeplanung in Zusammenarbeit der FD 30 und 33 sollen Schlussfolgerungen für die fachliche Arbeit unter effektiver Mittelverwendung gezogen werden. Vor allem sollen kurzfristig Fachstandards und standardisierte Auswertungsmöglichkeiten erarbeitet werden.
- Unter der Berücksichtigung der aktuellen Anforderungen durch die Stabsstelle Sozialplanung im Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit ist die weitere Ausgestaltung der Sozialplanung neu festzulegen.

Fachbereichsleiterin
Hauptamtl. Beigeordnete Christine Gräfe

Fachdienstleiterin
Andrea Hennig



Fachdienst 31 Unterhalt und Vormundschaften

Arbeitsbericht 2009 - 2011

- Die wesentlichen Aufgaben und Inhalte des Fachdienstes sind die Beratung und Unterstützung bei der Ausübung der Personensorge entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen des Achten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VIII). Die Wahrnehmung der Aufgaben eines Beistandes ist ein Hilfsangebot der staatlichen Fürsorge zur Anerkennung der Vaterschaft und/oder der Feststellung von Unterhaltsverpflichtungen.
Die Vormundschaft als ein Ersatz der elterlichen Sorge in den vom Gericht festgestellten Aufgabenbereichen und auch die Beurkundungen von Vaterschaft und Erklärungen über die gemeinsame Sorge nicht miteinander verheirateter Eltern sind ebenfalls Aufgabengebiete des Fachdienstes.
Einen Schwerpunkt bildet die Gewährung von Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende, die vom barunterhaltspflichtigen Elternteil nicht den Unterhalt in Höhe des geltenden Mindestunterhaltes erhalten.
- Im Berichtszeitraum war im Bereich der Beratung ein quantitativer und qualitativer Anstieg zu verzeichnen, der sich in multiplen Problemlagen der Ratsuchenden dokumentierte. Die Anzahl der Beratungen stieg von 655 im Jahre 2009 auf 735 im Jahre 2011.
- Die Fallzahlentwicklung im Bereich UVG ist auch im Berichtszeitraum wiederum angestiegen. Wurden im Jahr 2009 für 613 Kinder Unterhaltsvorschussleistungen erbracht, waren es im Jahr 2010 für 652 Kinder und im Jahr 2011 für 671 Kinder entsprechende Leistungen.
- Im Bereich der Rückforderungen von gezahlten Unterhaltsvorschussleistungen wurden im Jahr 2009 Einnahmen in Höhe von 171.697 € erzielt, im Jahr 2010 waren es 157.515 € und im Jahr 2011 156.000 €.
- Die Entwicklung der Fallzahlen im Bereich Beistandschaften hat sich bei gleichem Personalbestand im Jahr 2009 von 407 auf 499 Fälle im Jahr 2011 erhöht.

Problemfelder

- Die soziale Situation bei bestimmten Personengruppen, insbesondere die Arbeitslosigkeit und der Niedriglohnsektor, erschweren weiterhin die Durchsetzung von Rückforderungsansprüchen.
- Die Umsetzung der für die Aufgabenerfüllung des Fachdienstes relevanten Gesetze und Verordnungen, die einer stetigen Veränderung unterliegen, verlangt, Verfahrensabläufe anzupassen, die zu einer weiteren Erhöhung des Arbeitsaufwandes bei den Mitarbeitern führen, z.B. mit der Einführung der Umsetzung des Gesetzes zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts.



Ziele

- Um den flexiblen Einsatz der Mitarbeiter zur Aufgabenerfüllung zu gewährleisten, kommt der Intensivierung der Qualifizierungsmaßnahmen eine vorrangige Aufgabe zu.
- Die konsequente Verfolgung der Rückforderungsansprüche mit dem Ziel, die Einnahmesituation des Landkreises zu verbessern, hat weiterhin Priorität.

Fachbereichsleiterin
Hauptamtl. Beigeordnete Christine Gräfe

Fachdienstleiterin
Rosmarie Matuszewski



Fachdienst 32 Sozialhilfe

Arbeitsbericht 2009 - 2011

- Mittelpunkt der Arbeit des Fachdienstes bilden die vielfältigen und umfangreichen Aufgaben des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII). Der Trend der vergangenen Jahre hat sich weiter fortgesetzt.
- In vielen Bereichen ist ein kontinuierlicher Anstieg der Leistungsberechtigten und der finanziellen Aufwendungen zu verzeichnen. Im Jahr 2009 betragen die Sozialhilfeausgaben 18,4 Mio. €. Im Jahr 2011 sind diese auf 20,2 Mio. € angestiegen. Schwerpunkte bilden dabei aus inhaltlicher und finanzieller Sicht die Leistungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie die Hilfe zur Pflege.
- Im Bereich der Eingliederungshilfe erhielten im Jahr 2009 durchschnittlich 949 Berechtigte Leistungen mit einem Gesamtvolumen von 11,8 Mio. €. Im Jahr 2011 stieg die Zahl auf 1062 Leistungsberechtigte mit Ausgaben in Höhe von 12,7 Mio. €.
- Die Zahl der Leistungsberechtigten im Bereich der Hilfe zur Pflege ist deutlich gestiegen. Wurden im Jahr 2009 für durchschnittlich 367 Leistungsberechtigte mit Ausgaben in Höhe von 1,9 Mio. € registriert, so sind es 2011 2,3 Mio. € für 413 Berechtigte.
- Der Trend der vergangenen Jahre hält im Bereich der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung weiter an. Sowohl die Zahl der Leistungsberechtigten als auch die finanziellen Aufwendungen sind kontinuierlich gestiegen. Wurden im Jahr 2009 für durchschnittlich 669 Leistungsberechtigte 2,6 Mio. € ausgegeben, waren es im Jahr 2011 2,9 Mio. € für 702 Berechtigte.

Problemfelder

- Die demografische Entwicklung sowie die Einkommenssituation bestimmter Personengruppen im Landkreis führen zu weiter wachsenden Ausgaben in allen Bereichen der Sozialhilfe.
- Steigende Kostensätze in den Einrichtungen und bei ambulanten Maßnahmen führen zu stetig steigenden Mehraufwendungen.
- Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung (UN-Behindertenrechtskonvention) stellt neue Anforderungen an die Eingliederungshilfeleistungen. Die vorhandenen Strukturen reichen dafür nicht aus.



Ziele

- Die vorhandenen und neuen Leistungsangebote für behinderte und alte Menschen sind so umzugestalten, dass sie dem individuellen Hilfebedarf unter Berücksichtigung von Wirtschaftlichkeit und Qualität besser gerecht werden.
- Durch den Einsatz von Fallmanagern im Bereich der Eingliederungshilfe soll die individuelle Beratung und Hilfeplanung zur bedarfsgerechten Versorgung weiter effektiviert werden.

Fachbereichsleiterin
Hauptamtl. Beigeordnete Christine Gräfe

Fachdienstleiterin
Steffi Weichelt



Fachdienst 33 Allgemeiner Sozialer Dienst

Arbeitsbericht 2009 - 2011

- Zum 01.01.2010 erfolgte eine Neustrukturierung des Fachdienstes. Folgende Arbeitsfelder sind beim Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) angesiedelt: Hilfen zur Erziehung, Eingliederungshilfen für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche, Hilfen für junge Volljährige, ambulante Beratungen hinsichtlich Erziehungsfragen und -schwierigkeiten, Beratung bei Trennung und Scheidung, Adoption und Pflegekinderwesen und die Jugendgerichtshilfe.
- Im ASD konzentriert sich die Arbeit weiterhin auf die Erziehung in der Familie und auf die Vermeidung von Kindeswohlgefährdungen unter Einbeziehung aller an der Erziehung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen Beteiligten.
- Zwecks Qualitätssicherung erfolgte 2009 eine Neuausschreibung der ambulanten Hilfen.
- Im Landkreis werden folgende Hilfen vorgehalten: 56 Heimplätze, 4 Mutter/Vater-Kind-Plätze, 2 Kriseninterventionsplätze, 4 Tagesgruppen mit 38 Plätzen. 78 Kinder und Jugendliche werden in 54 Pflegefamilien betreut.
- Vom Fachdienst wurden 1.106 Beratungen durchgeführt. Im laufenden Jahr erhielten 65 Familien sozialpädagogische Familienhilfe. 34 Kinder, Jugendliche bzw. junge Volljährige wurden durch einen Erziehungsbeistand betreut. 40 Kinder und Jugendliche mussten vom Fachdienst in Obhut genommen werden. 14 Mütter und ihre Kinder erhielten Hilfe in einem Mutter-Kind-Heim mit einem Kostenumfang von 272,7 T€, 50 Kinder und Jugendliche Hilfe in einer Tagesgruppe mit einem Kostenumfang von 578,4 T€ und 126 Kinder, Jugendliche bzw. junge Volljährige Hilfe in Form der Heimerziehung mit einem Kostenumfang von 2,8 Mio. €. Die finanzielle Ausreichung und Koordinierung der Hilfen erfolgt im Fachdienst 30 Jugendamt/Wirtschaftliche Hilfen.

Problemfelder

- Die Suche nach Pflegeeltern gestaltet sich nach wie vor schwierig, da es nur wenige Bewerber gibt. In den letzten Jahren mussten jedoch verstärkt Säuglinge und Kleinkinder vom Fachdienst in Obhut genommen werden.
- Die Hilfebedarfe zeigen sich komplexer. Psychische Erkrankungen sowohl bei den Erwachsenen als auch den Kindern und Jugendlichen sowie Drogenkonsum der Elternteile bilden Schwerpunkte der Arbeit im Fachdienst. Hierzu bedarf es einer Flexibilisierung und Weiterentwicklung der Hilfen, insbesondere im ambulanten Bereich.



Ziele

- Die Angebote der Hilfen zur Erziehung im Landkreis sind weiter zu qualifizieren und den Bedarfen anzupassen. Außerdem sollen die Qualitätsstandards im Zusammenwirken mit den freien Trägern weiterentwickelt werden. Diese sollen als Grundlage und zur Stärkung des Fach- und Finanzcontrollings in Zusammenarbeit mit dem FD 30 dienen.
- Die Suche nach geeigneten Pflegefamilien und Alternativen zur Vermeidung von Fremdunterbringung und Deckung der Hilfebedarfe wird kontinuierlich weitergeführt.
- Die Netzwerkarbeit und Kooperation mit dem Fachdienst 34 Jugendarbeit/ Kindertagesbetreuung, insbesondere im Bereich der Frühen Hilfen, soll weiter ausgebaut werden, ebenso mit den Schulen, Kindertagesstätten und den anderen Institutionen des Landkreises.
- Der Landkreis beteiligt sich im Jahr 2012 an dem Projekt des Landes Thüringen „Wege zur Bildungsförderung und Armutsprävention im Altenburger Land“. Ziel ist es, ziel- und sozialraumspezifisch den Steuerungs- und Finanzierungsbedarf für den Abbau von Kinderarmut und Bildungsbenachteiligung zu analysieren und punktgenaue politische Strategien für deren Bearbeitung auf kommunaler Ebene zu entwickeln.

Fachbereichsleiterin
Hauptamtl. Beigeordnete Christine Gräfe

Fachdienstleiterin
Katja Riedel



Fachdienst 34 Jugendarbeit/Kindertagesbetreuung

Arbeitsbericht 2009 - 2011

- Der Fachdienst ist seit dem 01.01.2010 mit folgenden Aufgaben neu strukturiert: Frühe Hilfen für Eltern und Kinder, Fachberatung für Kindertagesstätten/Kindertagespflege, Hausbesuchsdienst bei fehlenden Vorsorgeuntersuchungen, Kinder und Jugendschutz, Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und die Erziehungsberatungsstelle.
- Die Frühen Hilfen bilden lokale und regionale Unterstützungssysteme mit koordinierten Hilfsangeboten für Eltern und Kinder ab Beginn der Schwangerschaft und in den ersten Lebensjahren mit einem Schwerpunkt auf der Altersgruppe der 0- bis 3-Jährigen. Dabei nahmen die Familienhebammen bereits 2007 ihre Arbeit bei werdenden Eltern und jungen Familien auf. Das Bundeskinderschutzgesetz regelt die Arbeit der Familienhebammen erst ab 2012. Im Jahr 2011 wurden 98 Fälle im Rahmen der Frühen Hilfen betreut, davon allein 52 Fälle durch die Familienhebammen, wobei bereits 24 Schwangere (werdende Eltern) betreut wurden. Im Jahr 2011 wurden darüber hinaus 657 Hausbesuche bei Eltern von Neugeborenen durchgeführt.
- Ein Hausbesuch bei fehlender Vorsorgeuntersuchung in Umsetzung des Thüringer Gesetzes zur Förderung der Teilnahme an den Früherkennungsuntersuchungen von Kindern wurde eingerichtet. Im Jahr 2011 wurden 219 Meldungen überprüft.
- Die Fachberater für Kindertagesstätten und Tagespflege bieten Beratung und Fortbildung für Einrichtungen und Träger zur Umsetzung des Thüringer Bildungsplanes an.
- Die Jugendarbeit umfasst die Planung und Koordinierung eines bedarfsgerechten Angebotes sowie die fachliche Beratung und Begleitung der Sozialraum-Arbeitsgemeinschaften.
- Der gesetzliche Kinder- und Jugendschutz beinhaltet insbesondere die Gewährleistung des erzieherischen bzw. präventiven Jugendschutzes, Bildungsangebote zu Jugendschutzthemen in Form von Projektarbeit, Erarbeitung eines Kataloges/Planes Kinder- und Jugendschutzplan.
- Die Erziehungsberatungsstelle als Einrichtung der offenen Jugendhilfe leistete im Zusammenwirken verschiedener Fachkräfte individuelle und soziale Erziehungshilfen. Diese Angebote sind am individuellen Bedarf als Einzel- und Gruppenangebote konzipiert. Schwerpunkte der Beratung sind Lern- und Verhaltensstörungen, Familienkonflikte, Kindeswohlgefährdung, Trennung und Scheidung. Die Mitarbeiter bieten begleitend Eltern- und Kindergruppen an zu den Themenbereichen Elterntraining, Kindergruppe Trennung und Scheidung, Konzentrationstraining und Entwicklungspsychologische Beratung für Eltern mit Kleinkindern. Im Jahr 2011 wurden 470 Fälle bearbeitet.



Problemfelder

- Die Umsetzung des eigenen Schutzauftrages bzw. die frühzeitige Einflussnahme auf riskante Entwicklungen bei Kindern und Familien durch die Netzwerkpartner der Frühen Hilfen ist nach wie vor unzureichend.
- Niederschwellige und damit familienerhaltende Angebote sind nicht in ausreichendem Maße vorhanden.
- Die Angebote der Erziehungsberatungsstelle können den bestehenden Bedarf nicht abdecken.

Ziele

- Die Qualitätssicherungsstandards wie Dokumentation, Fallberatungen und Fachberatungen der Frühen Hilfen sind dem neuen Bundeskinderschutzgesetz anzupassen.
- Alle Netzwerkpartner der Frühen Hilfen sind umfassend und praxisnah zum neuen Bundeskinderschutzgesetz fortzubilden.
- Die Öffentlichkeitsarbeit ist in allen Bereichen des Fachdienstes zu verstärken und unsere Homepage zu erweitern, damit die Beratungsangebote des Fachdienstes frühzeitig in Anspruch genommen werden können.
- Planung und Durchführung der zweiten Kinder- und Jugendschutzwoche in diesem Jahr als ein weiteres präventives Angebot.

Fachbereichsleiterin
Hauptamtl. Beigeordnete Christine Gräfe

Fachdienstleiterin
Marion Fischer



Fachdienst 35 SGB II/Kosten der Unterkunft

Arbeitsbericht 2009 - 2011

- Zu den Aufgaben des Landkreises nach dem SGB II zählen die Gewährung der Kosten für Unterkunft und Heizung, die Gewährung von einmaligen Leistungen wie Erstaussstattung für die Wohnung, Erstaussstattungen für Bekleidung und Leistungen bei Schwangerschaft und Geburt, mehrtägige Klassenfahrten sowie der ergänzende Zuschuss für Auszubildende zu den ungedeckten Kosten der Unterkunft.
- Nach Einführung der getrennten Aufgabenwahrnehmung im Landkreis Altenburger Land zum 01.01.2008 galt es, die gebildeten Verwaltungsstrukturen im Fachdienst zu verfestigen und stetig weiterzuentwickeln. So wurden Aufgaben teilweise in spezialisierter Form wahrgenommen, wie beispielsweise mit Beginn des Jahres 2009 die Bearbeitung von Rückforderungsansprüchen bei zu Unrecht gewährter Hilfe.
- Mit Einrichtung eines gemeinsamen Außendienstes zwischen Landratsamt Altenburger Land und Agentur für Arbeit zum 01.05.2010 konnten nunmehr Hilfen durch die Feststellungen des Außendienstes bedarfsgerechter erfolgen. Weiterhin konnte dem Missbrauch von Sozialleistungen zielgerichtet entgegengewirkt werden; so wurden allein für das Jahr 2010 Leistungen für Kosten der Unterkunft und Heizung in Höhe von 40 T€ eingespart.
- Zu Beginn des Berichtszeitraums im Jahr 2009 standen 7.910 Bedarfsgemeinschaften im Bezug von Leistungen für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II; mit Stand 31.12.2011 wurden an 6.565 Bedarfsgemeinschaften Hilfen gewährt.
- Das Ausgabevolumen bei den Kosten für Unterkunft und Heizung wurde durch die sinkende Zahl der Bedarfsgemeinschaften geringer, stellt aber mit einem Volumen von 21.790 T€ für das Jahr 2011 nach wie vor eine der größten Ausgabepositionen des Landkreises dar.
- Mit der Neuregelung der Regelbedarfe im SGB II zum 01. Januar 2011 wurde zugleich das Bildungs- und Teilhabepaket eingeführt. Das Bildungspaket unterstützt Kinder und Jugendliche, deren Eltern leistungsberechtigt nach dem SGB II sind, den Kinderzuschlag oder Wohngeld beziehen. Zur Umsetzung der erst verspätet durch den Gesetzgeber beschlossenen Regelungen (24.03.2011) wurde innerhalb kürzester Zeit das Projektteam Bildung und Teilhabe gebildet. Leistungen aus dem Bildungspaket wurden für 2011 im Landkreis für insgesamt 2.485 anspruchsberechtigte Kinder beantragt. Am häufigsten wurden hierbei die Zahlungen für ein warmes Mittagessen sowie für Schulausflüge in Anspruch genommen.
- Durch die Änderung der Organisationsform in der Aufgabenwahrnehmung des SGB II zum 01.01.2012 galt es, bereits frühzeitig mit den Vorbereitungen zur Gründung des Jobcenters zu beginnen. So wurden bereits Mitte 2011 erste Maßnahmen zur Zusammenführung der Hilfeakten sowie Leistungszahlungen beider Träger des SGB II getroffen.



Problemfelder

- Im Berichtszeitraum gab es auf dem Gebiet der Kosten der Unterkunft und Heizung nach SGB II weiterhin zahlreiche Gesetzesänderungen und in deren Folge teilweise sehr unterschiedliche Rechtsprechung der Sozialgerichte. Dies führte dazu, dass die Bearbeitung nicht wie bereits vielfach angekündigt einfacher (Stichwort Pauschalierung), sondern wesentlich komplexer geworden ist. So sind etwa einzelne Entscheidungen des Bundessozialgerichts gerade zu den Kosten der Unterkunft und Heizung mittlerweile in der Praxis, bezogen auf den Verwaltungsaufwand, nicht mehr umsetzbar.
- Die nunmehr dritte Neuorganisation der Aufgabenwahrnehmung des SGB II im Landkreis ist mit erheblichem Mehraufwand für alle Beteiligten verbunden.

Ziele

- Ab 02.01.2012 sind die Aufgaben des kommunalen Trägers nach dem SGB II auf das Jobcenter übertragen.
- Den von Langzeitarbeitslosigkeit betroffenen Bürgerinnen und Bürgern soll ein ganzheitliches und integriertes Bildungs- und Hilfsangebot offeriert werden. Mit abgestimmten und eng verzahnten Maßnahmen soll die individuelle soziale Notlage und Bedürftigkeit möglichst nachhaltig beseitigt und damit die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften verringert werden.

Fachbereichsleiterin
Hauptamtl. Beigeordnete Christine Gräfe

Fachdienstleiter
Mario Klocke



Fachdienst 36 Schwerbehindertenrecht/Wohn- und Elterngeld

Arbeitsbericht 2009 - 2011

- Der Fachdienst Schwerbehindertenrecht/Wohn- und Elterngeld hat die nachfolgenden Aufgaben:
 - Feststellung der Schwerbehinderteneigenschaft und Ausstellung von Schwerbehindertenausweisen nach § 69 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX)
 - Auszahlung von Blindengeld nach dem Thüringer Blindengeldgesetz
 - Gewährung von Blindenhilfe im Rahmen des § 72 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII)
 - Bewilligung von Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz
 - Gewährung des Elterngeldes nach dem Bundeselterngeldgesetz
- Während des Berichtszeitraumes erfolgte im Rahmen der Optimierung der Verwaltungsstruktur im Fachbereich Soziales und Jugend im Jahre 2010 die Zusammenlegung der ehem. Fachdienste 34 Wohngeld und Elterngeld und 36 Schwerbehinderten- und Blindenrecht.
- Für den Bereich des Schwerbehindertenrechts konnte der 2008 infolge der Kommunalisierung eingeschlagene Weg hin zu mehr Bürgernähe konsequent fortgesetzt werden. Die Erreichbarkeit der Mitarbeiter im Schwerbehindertenfeststellungsverfahren im Verwaltungsobjekt Theaterplatz 7/8 konnte im Jahre 2011 durch den Einbau eines Aufzuges erheblich verbessert werden. Das Verwaltungsgebäude ist nunmehr mit einem behindertengerechten Zugang für schwerbehinderte Bürger ausgestattet.
- Waren es im Jahr 2008 im Rahmen der Kommunalisierung des Schwerbehindertenrechts noch ca. 17.500 vom Versorgungsamt Gera übergebene Fälle, so wurden mit Stand 31.12.2011 18.577 Fälle im Datenbestand des Fachdienstes geführt.
- Insgesamt war im Berichtszeitraum ein Antragsingang von 3.420 Anträgen auf Erstfeststellung der Schwerbehinderteneigenschaft sowie von 2.964 Anträgen auf Neufeststellung zu verzeichnen. Die angestrebte Bearbeitungsdauer von unter 4 Monaten konnte hierbei erreicht werden.
- Im Bereich des Thüringer Blindengeldes wurde ein Fallbestand von 197 Anspruchsberechtigten betreut; Blindenhilfe wurde an 30 anspruchsberechtigte Personen gewährt.
- Nach dem Wohngeldgesetz wurden in den Jahren 2009 bis 2011 insgesamt 9.716 Wohngeldangelegenheiten bearbeitet, das sind 1.571 mehr als im vorherigen Berichtszeitraum (2009: 3.479; 2010: 3.082; 2011: 3.155). Das Wohngeld dient der finanziellen Absicherung des Wohnens in Form des Miet- und Lastenzuschusses für einkommensschwache Haushalte.
- Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 2.300 Anträge auf Bundeselterngeld gestellt, davon 21 % von den Vätern der Kinder. Die Bearbeitungszeit beträgt durchschnittlich 15 Tage.



Problemfelder

- Die Anzahl der für die Feststellung der Schwerbehinderteneigenschaft zur Verfügung stehenden Gutachter nimmt stetig ab, so dass sich die Suche im Falle des Ausscheidens eines Gutachters als sehr schwierig gestaltet.
- Mit dem Gesetz zur Neuregelung des Wohngeldrechts vom 24.09.2008, welches ab 01.01.2009 in Kraft trat, kam es zu einer Erhöhung der Anzahl von Wohngeldanträgen und infolgedessen zu längeren Bearbeitungszeiten, was auch auf fehlendes bzw. ausgefallenes Personal zurückzuführen ist.
- Infolge der getrennten Aufgabenwahrnehmung nach dem SGB II gestaltete sich die Bearbeitung der Wohngeldanträge auch im Berichtszeitraum 2009 – 2011 weiterhin sehr aufwändig, da in die Bearbeitung der Wohngeldanträge die Bewilligungsbescheide zweier Leistungsträger einbezogen werden mussten. In diesem Zusammenhang bestanden bei den Antragstellern auf Wohngeld ein erhöhter Beratungsbedarf und auch ein erhöhter Abstimmungsbedarf der beteiligten Sozialleistungsträger untereinander.

Ziele

- Die vollständige Barrierefreiheit zum Erreichen der zuständigen Mitarbeiter des Bereiches Schwerbehindertenrecht ist kurzfristig durch Umzüge der betreffenden Mitarbeiter innerhalb des Verwaltungsobjektes Theaterplatz 7/8 herzustellen.
- Die Bearbeitungszeiten im Schwerbehindertenfeststellungsverfahren sind auch zukünftig durchschnittlich unter 4 Monaten zu halten.
- Bei Wohngeldanträgen sollen die Bearbeitungszeiten ab Vollständigkeit in Abhängigkeit der Rechenläufe im Thüringer Landesrechenzentrum auf 3 Monate vermindert werden.
- Die Bearbeitungszeiten von Anträgen auf Bundeselterngeld sind ab Vollständigkeit bei gleichbleibenden Voraussetzungen zu halten.

Fachbereichsleiterin
Hauptamtl. Beigeordnete Christine Gräfe

komm. Fachdienstleiterin
Gabriele Opelt



Fachdienst 40 Schulverwaltung

Arbeitsbericht 2009 - 2011

- Der Fachdienst nimmt u. a. die Aufgaben des Schulträgers wahr. Diese umfassen die Bereitstellung eines bedarfsgerechten Schulangebots und der dazu erforderlichen Schulanlagen zum ordnungsgemäßen Schulbetrieb sowie des Verwaltungs- und Hilfspersonals (Schulsekretärin, Hausmeister), dazu gehören die Ausstattung, Bewirtschaftung und Unterhaltung der Schulanlagen und Sportstätten, Schulhorte, Schulbibliotheken, Schülerspeisung sowie Schülerbeförderung.
- Derzeit werden durch den Landkreis 14 Grund- und 9 Regelschulen sowie 4 Gymnasien, 4 Förderzentren und 2 berufsbildende Schulen betrieben.
- Zu den weiteren Aufgabengebieten des Fachdienstes gehören der Betrieb eines Jugendwohnheimes zur Unterbringung der auswärtigen Auszubildenden sowie eines Medienzentrums. Das Medienzentrum, welches vom Landkreis personell und sachlich ausgestattet und unterhalten wird, beschafft die für die Schulen erforderlichen Medien, stellt diese bereit und erfüllt die damit verbundenen medienpädagogischen und organisatorischen Aufgaben.
- Die Umsetzung der Sportstättenrahmenleitplanung und die Vergabe von Schul- und Sportanlagen außerhalb des Schulsports für die Vereinstätigkeit werden durch den Fachdienst organisiert.
- Im Berichtszeitraum wurden durch die Mitarbeiter des Sachgebietes Ausbildungs- und Wohnungsbauförderung bei 1.854 gestellten BAföG-Anträgen 4.115 Bescheide/Verwaltungsakte erlassen. Im Bereich der Wohnungsbauförderung wurden u. a. 133 Wohnberechtigungsbescheinigungen, 95 Belegungsänderungen und 176 Zweckbindungen bearbeitet sowie 1.186 Belegungskontrollen durchgeführt.
- Die Beauftragte für Bildung des Landkreises arbeitet an der Umsetzung der Projekte „Neue Lernkultur in Kommunen“ (nelecom), KURS 21, KURS 21 PLUS und Studium Plus. Die in kommunaler Verantwortung stehenden Aufgaben des Bildungspaketes werden koordinierend wahrgenommen.
- Mit Wirkung zum 31. Juli 2010 wurden der Schulteil Schmölln des Staatlichen Beruflichen Schulzentrums für Gewerbe und Technik Altenburg und der Schulteil Hospitalplatz 6 des Friedrichgymnasiums Altenburg aufgehoben.
- Die Schulnetzplanung allgemein bildender Schulen des Landkreises Altenburger Land wurde bis 2013 verlängert und mit Genehmigung des Thüringer Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur ausgesetzt.
- Das Projekt „Energie-Sparen“ an Schulen des Landkreises ist seit 2002 zur Senkung der Betriebskosten und als Beitrag zum Umweltschutz erfolgreich. Die beteiligten Schulen haben bis 2010 3.211.802 KWh Energie eingespart und damit die Umwelt um 709.419 kg CO₂ entlastet. Finanziell wurde eine Summe von 174.282 € erspart. 50 % dieser Summe wurde den Schulen gutgeschrieben und für eigene Projekte zur Verfügung gestellt.

Problemfelder

- Die Sicherung der Standards der Schulanlagen, Sportstätten, Horte und deren Bewirtschaftung bei zurückgehenden Schülerzahlen wird durch die sinkende Finanzkraft des Schulträgers (Sanierungsstau) immer schwieriger.



- Schulentwicklung braucht Kontinuität und verlässliche Rahmenbedingungen. Längeres gemeinsames Lernen (Thüringer Gemeinschaftsschule), Modellprojekt „Weiterentwicklung der Thüringer Grundschule“ (Kommunalisierung Hortpersonal) und gemeinsamer Unterricht von Kindern mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf (UN-Behindertenrechtskonvention) u. a. stellen große Herausforderungen an die sächlichen und personellen Ressourcen und die Planungssicherheit dar. Diese bildungspolitischen Aufgaben erfordern zwingend für den zusätzlichen Sachaufwand des Landkreises sowie für die Integrationshelfer an den Schulen einen verlässlichen Kostenausgleich durch das Land.
- Infolge zurückgehender Schülerzahlen müssen mittel- und langfristig ehemals große Schulen mit jetzt geringerer Auslastung vorgehalten und unterhalten werden. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis verschlechtert sich zunehmend.
- Steigende Kosten für Elektro- und Heizenergie, Wasser, Abwasser, Reinigung und Schülerbeförderung belasten zunehmend den Haushalt.

Ziele

- Im Landkreis ist auch zukünftig ein flächendeckendes bzw. wohnortnahes Schulangebot zu gewährleisten. Mit der Schulnetzplanung für die allgemein bildenden Schulen des Landkreises Altenburger Land (Zeitraum 2013 - 2018) ist im Zusammenhang mit der integrativen Beschulung ein am Kindeswohl orientiertes nachhaltiges System der Förderung und dessen Finanzierung zu schaffen.
- Die Berufsschulstandorte, deren Profilierung und Spezialisierung vor dem Hintergrund der sehr guten sächlichen Bedingungen sind im Rahmen der „Berufsbildungsregion Ostthüringen“ und mit dem Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur langfristig zu sichern.
- Die Schaffung optimierter Schulbedingungen soll den Wettbewerb zwischen den Schulen bzw. Schulstandorten und deren Profilierung ermöglichen.
- Die gemeinsame Nutzung des Standortes Hospitalplatz 6 in Altenburg durch die Geschäftsstelle der Volkshochschule und das Medienzentrum ist umzusetzen.
- Die Ganztagsangebote sollen erhalten und ausgebaut werden. Die schulbezogene Jugendarbeit und die Arbeit von Sport- und anderen Vereinen werden weiter unterstützt und gefördert. Die Ergebnisse des Modellprojektes „Weiterentwicklung der Thüringer Grundschule“ in den teilnehmenden Landkreisen sind regelmäßig zu evaluieren, insbesondere im Hinblick auf eine Vollfinanzierung durch das Land und eine Teilnahme des Landkreises.
- Die Transferphase von „nelecom“ ist bis 2014 mit dem Bildungsbericht des Landkreises abzuschließen. Die Projekte KURS 21, KURS 21 PLUS und Studium Plus sind so weiter zu begleiten, dass sowohl eine Qualitätssicherung als auch eine Qualitätsentwicklung erkennbar ist. Die Koordinierung von Bildung und Teilhabe hat das Ziel, transparent und bürgerfreundlich zwischen Leistungsstellen zu vermitteln.
- Der Fachdienst wird sich aktiv daran beteiligen, die Berufsorientierung an unseren Schulen zielführend zu verbessern.

Fachbereichsleiter
Bernd Wenzlau

Fachdienstleiter
Wolfgang Kopplin



Fachdienst 41 Straßenbau und Straßenverwaltung

Arbeitsbericht 2009 – 2011

- Der Fachdienst verwaltet derzeit ca. 216 km Kreisstraßen, wobei ca. 1,1 Mio. m² Straßenfläche einschließlich der Straßenebenenflächen (Gräben, Bankette, Böschungen, Pflanzstreifen) zu erhalten und zu kontrollieren sind. Hinzu kommen 53 Brücken und über 500 Straßendurchlässe (< 2,00 m lichte Weite).
- Im Berichtszeitraum wurden die Kreisstraßenabschnitte K 227 von der Zufahrt zum Erholungspark Pahna bis zur Landesgrenze Thüringen/Sachsen, die K 202 Frohnsdorf - Engertsdorf, die K 516 in der Ortsdurchfahrt (OD) Großstöbnitz, K 229 Kraschwitz - Bocka sowie die K 513 von der B 93 bis Goldschau ausgebaut. Die Ausbaumaßnahmen für die K 205 in der Ortsdurchfahrt Kotteritz sowie den Knoten Gößnitz Nord wurden begonnen und werden im Folgejahr fertig gestellt.
- Weitere Maßnahmen wurden für die Realisierung in den kommenden Jahren planerisch vorbereitet, u. a. die Bahnüberführung Kotteritz im Zuge K 205, Bahnübergang Zehma im Zuge K 515, Ersatzneubau Brücke über den Gerstenbach Treben im Zuge K 224 im Rahmen Hochwasserschutz, Ersatzneubau Brücke über die Pleiße in Zürchau im Zuge K 515, K 225 OD Plottendorf.
- Für das Kreisstraßennetz wurde eine Straßenzustandsanalyse im Jahr 2011 durchgeführt, um die Qualität und den Ausbaustandard des Kreisstraßennetzes erfassen und Defizite für Handlungsmaßnahmen aufzeigen zu können.
- Der Träger der Straßenbaulast hat die Verantwortlichkeit dafür, dass alle Brücken den Anforderungen der Sicherheit und Ordnung genügen. Aus diesem Grund sind die Brückenbauwerke mit dem Ziel der Erkennung des Ist-Zustands und einer frühzeitigen Schadenserfassung regelmäßig gemäß DIN 1076 zu prüfen und zu überwachen.
- Die Vorbereitung, Prüfung und Durchführung von Straßen- und Brückenbaumaßnahmen durch Bindung von Vermessungs- und Ingenieurbüros, Beantragung von Förder- und Haushaltsmitteln sowie deren Bearbeitung und Abrechnung stellen eine weitere Aufgabe dar.
- Der Fachdienst hat im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht sein Augenmerk auch auf die Nebenanlagen der Straßen zu richten. Durch externe Baumschauen und daraus abgeleitete Gehölzpflege oder Baumfällungen durch die Kreisstraßenmeisterei werden wir dieser Aufgabe gerecht.
- Die Ausführung der Straßeninstandhaltungsarbeiten am Straßenkörper, die Grünflächen- und Gehölzpflege sowie der Winterdienst wurden an die Kreisstraßenmeisterei übertragen.
- Durch den Freistaat Thüringen werden in den Jahren 2012/13 Landesstraßen zu Kreisstraßen abgestuft, die unsaniert in die Baulastträgerschaft des Landkreises Altenburger Land übergehen sollen. Für die Sanierung dieser Straßen stehen dem Landkreis Fördermittel in Höhe von 90 % in den Jahren 2012/13 zur Verfügung. Das betrifft: K 307 (L 2173 alt) Monstab - Tegkwitz, K 309 (L 2466 alt) von Landesgrenze Sachsen/Thüringen über Zumroda bis Naundorf. Für diese Sanierungsmaßnahmen mussten Tragfähigkeitsuntersuchungen und Vermessungsleistungen veranlasst werden.



Problemfelder

- Für dringende investive Baumaßnahmen an Brücken und Straßen stehen immer weniger finanzielle Mittel zur Verfügung, sowohl Mittel des Landkreises als auch Fördermittel von Land und Bund, so dass Verkehrseinschränkungen oder gar Sperrungen nicht auszuschließen sind.
- Die gesetzlich vorgeschriebenen Prüfintervalle für Brücken (Hauptprüfung 5 Jahre, Sichtprüfung jährlich) sind seit Jahren aus Kostengründen nicht umsetzbar. Auch für daraus abzuleitende Instandsetzungen (Bauwerkserhaltung) zur Vermeidung größerer Folgeschäden fehlen die Mittel. Gleiches gilt für die vorgeschriebenen Baumkontrollen.
- Die für die Straßeninstandhaltung zur Verfügung stehenden Mittel, welche dem Eigenbetrieb Kreisstraßenmeisterei zur Aufgabenerfüllung bereitgestellt werden können, sind auf Grund der permanent steigenden Kosten (Kraftstoffe, Asphalt) unzureichend.

Ziele

- Ein wichtiges Ziel ist, das Kreisstraßennetz in Abstimmung mit den kreisangehörigen Gemeinden, insbesondere unter Berücksichtigung der noch zu vollziehenden Veränderungen im Landes- und Bundesstraßennetz, zu überarbeiten und die Gesamtlänge des Kreisstraßennetzes für den Landkreis zu verringern.
- Der Ausbau des Kreisstraßennetzes, auch unter dem Aspekt der Umsetzung neuer Straßenbautechnologien zur Einsparung von Eigenmitteln, muss kontinuierlich fortgesetzt werden.
- Höhere Priorität muss der Erhaltung und dem Neubau von Brücken und Durchlässen eingeräumt werden, um diesbezügliche Defizite abzubauen und die Funktionalität des Kreisstraßennetzes auch langfristig zu gewährleisten.

Fachbereichsleiter
Bernd Wenzlau

Fachdienstleiterin
Anja Stephan



Fachdienst 42 Hochbau und Liegenschaften

Arbeitsbericht 2009 – 2011

- Aufgaben sind die Realisierung von eigenen Investitionen (Neu- und Umbauten, Modernisierungen und Sanierungen) sowie die Unterhaltung der kreiseigenen Objekte (Schulen, Verwaltungs-, Kulturgebäude und sonstige) einschließlich der baufachlichen Betreuung unter Beachtung der baurechtlichen Vorschriften.
- Im Berichtszeitraum wurden investive Maßnahmen in Höhe von 9.335 T€ an Schulen, 1.372 T€ an Verwaltungs- und sonstigen Objekten sowie 615 T€ am Theater und in den Museen realisiert. Davon sind Gesamtinvestitionen im Rahmen des Konjunkturprogrammes II des Bundes für die Förderbereiche Bildungsinfrastruktur (insbesondere energetische Sanierung) und Infrastruktur in Höhe von 6.088 T€ umgesetzt worden.
- Das Sonderprogramm zur Sanierung von Schulen und Sporthallen wurde 2011 erfolgreich abgeschlossen. Für die Jahre 2009 bis 2011 beträgt die anteilige Investitionssumme 1.861 T€ (Gesamt 2007 - 2011: 5.908 T€).
- Am Gebäude- und Energiemanagement für die Immobilien des Landkreises wurde stetig weiter gearbeitet. Die Energieeffizienz der Gebäude konnte u.a. durch die Optimierung der Regelungs- und Steuertechnik verbessert werden.
- Drei Liegenschaften, die nicht mehr der Erfüllung kreislicher Aufgaben dienen, wurden veräußert (ehemaliges Pflegeheim Lumpzig, ehemalige Grundschule Rositz, Weststraße 9 in Meuselwitz).
- Die Schwerpunkte der letzten Jahre bei allen Baumaßnahmen waren die Umsetzung der Brandschutzanforderungen (z. B. Anbau der 2. Fluchtwege), die Verbesserung der wärmeschutztechnischen Bedingungen (z. B. Einbau neuer Fenster, Dämmungen im Fassaden-, Dach- bzw. Deckenbereich) sowie die Erneuerung technischer Anlagen (z. B. Heizung und Lüftung).
- Es wurden 12 Anträge auf Einsetzung gesetzlicher Vertreter im Grundstücksverkehr bearbeitet.
- Zum Erwerb von Grundstücken für Kreisstraßen und zur Veräußerung von Liegenschaften sind 85 notarielle Kaufverträge abgeschlossen worden.
- Durch den Abschluss eines Vergleichs im Rechtsstreit zum Grundstückstauschvertrag mit der Stadt Altenburg konnten ca. 2.450 T€ zzgl. Zinsen erwirkt werden, welche im Zeitraum von 10 Jahren dem Landkreis zufließen.
- Das Projekt zum Ersatzneubau der Schulsporthalle der Grund- und Regelschule Langenleuba-Niederhain wurde angearbeitet.
- Durch den Fachdienst erfolgte die fachliche Begleitung von Bauprojekten z.B. Pflegeheim Schloss Löbichau und von Planungsvorbereitungen zum Neubau der Kreisstraßenmeisterei.



Problemfelder

- Die Reduzierung von Landeszuweisungen und fehlende Eigenmittel führen dazu, dass die erforderlichen Baumaßnahmen zur Erfüllung der gesetzlichen Bestimmungen, wie z. B. des vorbeugenden Brandschutzes, und die unabdingbaren Erneuerungen von Elektroinstallationen, Heizungsanlagen etc. sowie sonstige Sanierungen an kreiseigenen Objekten immer wieder verschoben werden müssen. Der Sanierungs- und Instandhaltungsstau vergrößert sich aufgrund der mangelnden Finanzkraft zunehmend.
- Der Verkauf bzw. die Vermietung ungenutzter Immobilien ist aufgrund der jetzigen Marktsituation noch schwieriger geworden (Beispiel Schloss- und Parkanlage Tannenfeld).
- Durch die Abwicklung der Sonder- und Konjunkturprogramme ist eine deutliche Überlastung des Personals erkennbar. Die Einhaltung der vorgegebenen Termine und die Überwachung der Baumaßnahmen gestalten sich zunehmend schwieriger.

Ziele

- Die weitere Sanierung kreiseigener Objekte ist dringend geboten. Dazu sind u.a. die jeweils aktuellen Fördermöglichkeiten auszuschöpfen und der Einsatz erneuerbarer Energien zu prüfen.
- Der Ersatzneubau einer 2-Feld-Schulsporthalle am Standort der Grund- und Regelschule Langenleuba-Niederhain wird angestrebt.
- Die Aktivitäten zur Vermarktung der ungenutzten Immobilien werden weitergeführt und zusätzliche Vermarktungsmöglichkeiten geprüft.
- Das Entwicklungskonzept für die im Besitz des Landkreises befindlichen Immobilien ist zu überarbeiten.
- Beim Neubau der Kreisstraßenmeisterei wird im Rahmen der Projektsteuerung, Planungs- und Bauüberwachung mitgewirkt.

Fachbereichsleiter
Bernd Wenzlau

Fachdienstleiterin
Janett Maas



Fachdienst 43 Gesundheit

Arbeitsbericht 2009 – 2011

- Der FD Gesundheit ist zuständig für die öffentlich-rechtlichen Aufgaben der Gesundheitsvorsorge, des Gesundheitsschutzes, der Gesundheitshilfe, der Kinder- und Jugendgesundheitspflege, die sozialkompensatorische medizinische und soziale Betreuung, Begutachtung sowie der Betreuungsbehörde auf kommunaler Ebene.
- Er arbeitete bei der Analyse und Konzeptentwicklung der Versorgungsstrukturen im Gesundheitswesen des Kreises mit.
- Der FD Gesundheit nahm die Geschäftsführung des Psychiatriebeirates und die Funktion des Psychiatriekoordinators wahr und arbeitete in der **PsychoSozialen ArbeitsGemeinschaft** mit. Die Hilfeplankonferenzen wurden kontinuierlich weitergeführt und erhielten mit der *Kooperationsvereinbarung zur Verbesserung der psychiatrischen Versorgung im LK Altenburger Land vom 03.06.2010* ihre rechtliche Basis.
- Nach Ausscheiden der Fachärztin für Psychiatrie und Psychotherapie als Leiterin des sozialpsychiatrischen Dienstes zum 01.09.2010 wurde eine Fachärztin als Honorarärztin ab 01.10.2011 angestellt.
- Die Bildung des Gemeindepsychiatrischen Verbundes des Landkreises Altenburger Land wurde intensiv unterstützt und steht 2012 bevor.
- Der FD hat seit 2009 zu Anfragen der Bauträger 27 Stellungnahmen nach dem Thüringer Gleichbehandlungsgesetz in Fragen der Behinderten abgegeben.
- Am 08.09.2009 wurde ein Selbsthilfetag unter dem Motto "Zusammenhang zwischen seelischer und körperlicher Gesundheit", am 19.10.2010 der *Aktionstag 60 plus*, am 25.10.2010 ein Gesamttreffen der Selbsthilfegruppen (SHG) durch die Selbsthilfekontaktstelle durchgeführt. Derzeit existieren 77 SHG im Landkreis.
- Seit Gründung des Tumorzentrums Altenburg im IV. Quartal 2007 und des Darmkrebszentrums Altenburg im II. Quartal 2010 arbeitet der FD Gesundheit darin aktiv mit.
- Die *Neuen Empfehlungen für die Umgebungsuntersuchung bei Tuberkulose* wurden 2011 eingeführt und in der Arbeit des FD umgesetzt.
- Die Aufgaben des Gesundheitsschutzes (Infektionsschutz, Trink- und Badewasserhygiene) wurden auch an Wochenenden und Feiertagen zuverlässig erfüllt. So wurde die Influenza A/H1N1-Pandemie 2009/2010 in Verantwortung des FD im Kreis gut beherrscht.
- Der FD wurde als Koordinierungszentrale zur Prävention und Bekämpfung nosokomialer Infektionen etabliert und hat die Gründung eines *MRSA/MRE-Netzwerkes Altenburger Land* am 23.11.2011 bewirkt.
- Mit großem Aufwand setzt der FD die *Erste Verordnung zur Änderung der Trinkwasserverordnung* um, die seit 01.11.2011 in Kraft ist.
- Die Einschulungsuntersuchungen wurden vollständig erfüllt. Bei den Reihenuntersuchungen in den 4. und 8. Klassen der Grund- und Regelschulen und Gymnasien erreichten wir 95 bis 98 % der Schüler dieser Jahrgänge. In den Förderschulen wurden 95 % der Schüler untersucht.
- Die Mitarbeiterin der Netzwerkstelle im System der „Frühen Hilfen für Familien und Kinder“ wurde seit April 2011 dem Jugendamt zugeordnet.
- Im Oktober 2011 wurde ein In-House-Seminar zum Seh- und Hörscreening der Kinder- und Jugendgesundheitsdienste Ostthüringens organisiert.



- Der Jugendzahnärztliche Dienst untersucht jährlich alle Kinder in den Kindertagesstätten (KiTas) und Schulen. Es wurden 71 % der Kinder in KiTas und 92 % der Schüler erreicht.
- Der Jugendzahnärztliche Dienst wurde 2011 mit einer neuen Prophylaxeeinheit ausgestattet.
- Der Tag der Zahngesundheit am 25. September wurde jährlich mit Aktionstagen in Kindereinrichtungen begangen.
- Die Betreuungsbehörde führt in enger Verbindung mit dem Vormundschaftsgericht Sachverhaltsermittlungen durch, berät eigenständig, gewinnt ehrenamtliche Betreuer und veranstaltet jährlich Fortbildungsveranstaltungen für Betreuer.
- Der FD führt zur jährlichen Thüringer Gesundheitswoche Veranstaltungen durch. So wurde am 28.03.2011 die Ausstellung „Leben macht Spaß“ eröffnet und am 30.03.2011 der Gesundheitstag zum Thema „Mit gesunder Seele das Leben ER-Leben“ im Landschaftssaal und Lichthof begangen.
- Telefonische Gesundheitstipps wurden im Berichtszeitraum 26 geschaltet und 8 neu erarbeitet.
- Auch überregional wirken die Mitarbeiter des FD Gesundheit auf Landes- und Bundesebene in zahlreichen Gremien und arbeiten an Projekten mit, wie Thüringer Gesundheitszieleprozess, Arbeitsgemeinschaft Thüringer Psychiatrie- und Suchtkoordinatoren, Vorstandsarbeit der AGETHUR, Positionspapier *Inklusive Bildung*, Landesverband Thüringen der Ärzte und Zahnärzte im Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD), Arbeitsgruppe Kinder- und Jugendgesundheitsdienst beim Landesverwaltungsamt, Landesärztekammer, Ständige Konferenzen der Bundesärztekammer.
- Präventionsarbeit in Lebenswelten (wie Kita, Schule, Arbeit, Sport, Freizeit) wurde in allen Arbeitsbereichen des FD Gesundheit geleistet

Problemfelder

- Die Gründung eines Gemeindepsychiatrischen Verbundes ist entscheidungsreif vorbereitet und sollte vollzogen werden.
- Der zunehmende Förderbedarf von Kleinkindern muss frühzeitig erkannt werden, um Entwicklungsverzögerungen weitestgehend zu verhindern.
- In der Betreuungsbehörde nehmen die Zahlen der zu Betreuenden ständig zu.

Ziele

- Die Sicherstellung von Fachpersonal für den Öffentlichen Gesundheitsdienst ist das Hauptziel, um die Aufgaben auch in Zukunft erfüllen zu können.
- Die personellen Voraussetzungen sind zu schaffen, um die nach KiTa-Gesetz geforderten und dringend gebotenen jährlichen Untersuchungen aller Kinder in KiTas zu ermöglichen.
- Die Stärkung von Gesundheitsförderung und Prävention, besonders im Kindes- und Jugendalter, muss als (gesamt-) gesellschaftliches Anliegen verstanden und erreicht werden. Die vernetzte Arbeit der Fachdienste des Landratsamtes in diesem Bereich dient diesem Ziel.

Fachbereichsleiter
Bernd Wenzlau

Fachdienstleiter
Dr. med. B. Blüher



Fachdienst 50 Öffentliche Ordnung

Arbeitsbericht 2009 - 2011

- Der Fachdienst hat die Aufgaben:
 - Gewerbean-, Um- und Abmeldungen entgegenzunehmen,
 - das Zuwanderungsgesetz umzusetzen,
 - ausländischen Flüchtlingen Unterbringungs-, Sach- und Geldleistungen zu gewähren,
 - Staatsangehörigkeitsentscheidungen zu treffen,
 - Inhaber waffenrechtlicher Erlaubnisse zu überwachen sowie
 - andere ordnungsrechtliche Vorschriften zu vollziehen.
- Während des Berichtszeitraumes wurden 953 Gewerbeanmeldungen, 348 Gewerbeummeldungen und 1023 Gewerbeabmeldungen bearbeitet.
- Die Bezirksschornsteinfegermeister meldeten insgesamt 238 Personen, bei denen eine offene Kehrgebühr beizutreiben war. Darüber hinaus wurden 19 Verfahren wegen Verweigerung der Durchführung von Kehr- und Überprüfungsarbeiten eingeleitet.
- Wegen fehlenden Versicherungsschutzes bzw. nicht entrichteter Kraftfahrzeugsteuer wurden insgesamt 596 Kraftfahrzeuge zwangsweise stillgelegt.
- Im Landkreis waren gleichbleibend ca. 1.000 Ausländer, davon ca. 140 ausländische Flüchtlinge, mit Wohnsitz gemeldet. Diesen wurden 178 Niederlassungserlaubnisse und 683 Aufenthaltserlaubnisse erteilt bzw. verlängert.
- Die im Landkreis lebenden ausländischen Flüchtlinge sind überwiegend in der Gemeinschaftsunterkunft in Schmölln untergebracht. Darüber hinaus wohnen bereits mehr als 30 Prozent, in der Regel Familien, in Wohnungen im Gebiet der Stadt Altenburg.
- Es gab im Landkreis konstant ca. 740 Waffenbesitzer. Neben der Einleitung von insgesamt 35 Rücknahme- bzw. Widerrufsverfahren wurden auch 5 Waffenbesitzverbote ausgesprochen und 70 Ordnungswidrigkeitsanzeigen erstattet. Bei 253 Waffenbesitzern erfolgte eine Kontrolle der ordnungsgemäßen Aufbewahrung von Waffen und Munition.
- 7 Anträge auf Erteilung einer Erlaubnis nach dem Heilpraktikergesetz und 80 Anzeigen zur Durchführung einer Lotterie/Tombola wurden bearbeitet.
- Auf dem Gebiet des Staatsangehörigkeitsrechtes erfolgten insgesamt 26 Einbürgerungen und 15 Einbürgerungszusicherungen wurden erteilt.
- Im Bereich des Versammlungsrechtes erfolgten insgesamt 51 Anmeldungen. Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung wurde die Durchführung einer Versammlung verboten.

Problemfelder

- keine



Ziele

- Die bislang lediglich lokal gespeicherten waffenrechtlichen Daten sind entsprechend den Vorgaben des Bundesverwaltungsamtes zu vereinheitlichen und rechtzeitig bis zum 31.12.2012 an das nationale Waffenregister zu übermitteln.
- Die Bearbeitungszeiten bei der Erteilung des elektronischen Aufenthaltstitels sind zu verkürzen.
- Die soziale Betreuung und Beratung der ausländischen Flüchtlinge ist durch den Einsatz von pädagogisch geschultem Personal auszubauen. Im Vordergrund dabei steht, diese Menschen in die Lage zu versetzen, sich in dem für sie fremden Lebens- und Kulturbereich in der Bundesrepublik Deutschland zu orientieren und ihr Leben selbstständig zu gestalten.

Fachbereichsleiter
Ronny Thieme

Fachdienstleiter
Andreas Brasche



Fachdienst 52 Straßenverkehr

Arbeitsbericht 2009 - 2011

- Der Fachdienst hat die Aufgabe
 - den öffentlichen Straßenpersonennahverkehr zu organisieren,
 - den Taxi- und Mietwagenverkehr zu überwachen,
 - das Güterkraftverkehrsgesetz umzusetzen,
 - verkehrsrechtliche Anordnungen und Ausnahmen zu erteilen sowie
 - die Fahrerlaubnisverordnung umzusetzen.
- Im Berichtszeitraum wurden 16.600 Führerscheinvorgänge bearbeitet. Im Besitz eines Führerscheines im Scheckkartenformat nach dem seit 1999 gültigen Modell sind ca. 57.000 Personen unseres Landkreises.
- Der Nahverkehrsplan des Landkreises Altenburger Land für den Zeitraum 2007 - 2011 wurde an europäisches Recht angepasst und dessen Gültigkeit auf Grund der mit Inbetriebnahme des City-Tunnels in Leipzig zu erwartenden verkehrlichen Veränderungen bis zum 31.12.2013 verlängert.
- Auf der Grundlage des europäischen Rechts hat der Kreistag des Landkreises Altenburger Land beschlossen, die Durchführung des öffentlichen Straßenpersonennahverkehrs im Landkreis für den Zeitraum 2011 bis 2020 an die THÜSAC-Personennahverkehrsgesellschaft mbH zu vergeben.
- Der Beitritt des Landkreises Altenburger Land zum Mitteldeutschen Verkehrsverbund im Jahr 2005 hat sich im Berichtszeitraum als richtige Entscheidung erwiesen. Die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs – auch über die Kreisgrenze hinaus – ist als stabil einzuschätzen. Fahrgastrückgänge auf Grund des Bevölkerungsrückganges sind trotz allem zu verzeichnen.
- Zum 31.12.2011 gab es im Landkreis 114 Güterkraftverkehrsunternehmen mit einem Fahrzeugbestand von 712 Lastkraftwagen sowie 46 Taxi- und Mietwagenunternehmen mit 104 Fahrzeugen. Im Jahr 2011 wurde auf Grund stark gestiegener Kosten im Taxigewerbe die Taxi-Tarifordnung angepasst. Diese trat im Dezember 2011 in Kraft.
- Jährlich wurden ca. 1.000 verkehrsrechtliche Anordnungen bearbeitet. Auf den klassifizierten Straßen erfolgten jährliche Verkehrsschauen mit dem Ziel, die Anzahl von Verkehrszeichen zu reduzieren.
- Zur Bearbeitung von Vorgängen im Führerscheinwesen wurde 2010 eine neue Software eingeführt. Die Bestellung von Führerscheinen erfolgt seit diesem Zeitpunkt im direkten Datentransfer zwischen Fahrerlaubnisbehörde und Bundesdruckerei. Ebenfalls konnte eine neue Software zur unmittelbaren Bestellung von Fahrerkarten beim Kraftfahrt-Bundesamt eingesetzt werden. Zur schnelleren Bearbeitung von Führerscheinanträgen bei Bewerbern um eine Fahrerlaubnis wurde eine Softwareschnittstelle zur DEKRA eingerichtet. Seit 2010 erfolgt die Datenübermittlung zur Abnahme einer Fahrerlaubnisprüfung ebenfalls durch Datentransfer.
- Die Einführung des Modellversuches „Begleitetes Fahren mit 17“ wurde in unserem Landkreis erfolgreich angenommen, dies hat sich im Straßenverkehr bewährt und ist seit 2011 fester Bestandteil der Gesetzgebung. Im Berichtszeitraum wurden 614 derartige Anträge bearbeitet.



Problemfelder

- Die Anzahl der älteren Fahrerlaubnisinhaber, deren körperliche und geistige Eignung für das Führen eines Kraftfahrzeuges überprüft werden muss, ist gestiegen. Dies gilt auch in Bezug auf die stark angestiegene Anzahl von Überprüfungen bei Drogenkonsumenten und führt zu einem erhöhten Arbeitsaufwand.
- Die Anzahl der Stellen des Fachdienstes Straßenverkehr sind gegenwärtig so bemessen, dass jeder längerer Ausfall zu Einschränkungen in der Arbeitsfähigkeit führt.

Ziele

- Die 3. Fortschreibung des Nahverkehrsplanes des Landkreises Altenburger Land für den Zeitraum 2013 - 2017 ist auf der Grundlage des europäischen Rechts vorzubereiten. Dieser Nahverkehrsplan bildet das Fundament für eine weitere Optimierung des öffentlichen Straßenpersonennahverkehrs im Regional- und Stadtbusverkehr unter weitestgehender Einbeziehung des Schülerverkehrs. Bestandteil der 3. Fortschreibung des Nahverkehrsplanes ist die Umsetzung des gegenwärtig zu erarbeitenden integrierten Verkehrsentwicklungskonzeptes des Mitteldeutschen Verkehrsraumes.
- Auf dem Gebiet des Fahrerlaubnisrechts ist die 3. Führerschein-Richtlinie der EU ab dem Jahr 2013 umzusetzen.
- Die bürgerfreundliche und kompetente Bearbeitung der Verwaltungsvorgänge ist durch kontinuierliche Information und Schulung der Beschäftigten zu gesetzlichen Veränderungen zu gewährleisten und stetig zu verbessern.

Fachbereichsleiter
Ronny Thieme

Fachdienstleiterin
Monika Meister



Fachdienst 53 Kfz-Zulassung

Arbeitsbericht 2009 - 2011

- Im Fachdienst erfolgt die An-, Um- und Abmeldung von Kraftfahrzeugen und deren Anhänger. Zum 31.12.2011 gab es im Zulassungsbereich einen Bestand von 69.528 Fahrzeugen. Während des Berichtszeitraumes wurden insgesamt 89.963 Vorgänge bearbeitet, das entspricht einem Durchschnitt von 29.987 Vorgängen pro Jahr.
- Weitere Aufgaben der Kraftfahrzeugzulassung sind die Prüfung und Bearbeitung von Versicherungsanzeigen nach § 25 Fahrzeug-Zulassungsverordnung, die Bearbeitung von Amtshilfeersuchen des Finanzamtes Altenburg über bestehende Kraftfahrzeugsteuerschuld, die Bearbeitung von Veräußerungsanzeigen und die Bearbeitung von sonstigen Vorgängen. Das waren im Berichtszeitraum 47.902 Verwaltungsvorgänge, darunter 23.709 Versicherungswechsel, 7.586 Anzeigen von Versicherungen über fehlenden Versicherungsschutz, 1.016 Steueranzeigen und andere.
- Seit September 2009 besteht eine Online-Verbindung zwischen der Kraftfahrzeugzulassungsstelle und dem Kraftfahrt-Bundesamt. Dadurch können eine zeitnahe Registrierung und ein Abgleich bei An-, Um- und Abmeldung von Fahrzeugen erfolgen. Aufgetretene Fehler, wie zum Beispiel Schreibfehler in der Fahrzeugbriefnummer usw., können sofort korrigiert werden.
- Am 01.03.2011 trat die Allgemeinverfügung zum Verzicht auf eine Umkennzeichnung von Fahrzeugen im Freistaat Thüringen in Kraft. Bei Wohnsitzwechsel innerhalb des Landes Thüringen kann der Fahrzeughalter sein bisheriges Kennzeichen beibehalten.

Problemfelder

- Infolge längerer Ausfallzeiten von Beschäftigten wegen Krankheit, Rehabilitation und Arbeitsplatzwechsel konnte nicht immer eine zumutbare Wartezeit für den Bürger erreicht werden.
- Die bei den elektronischen Versicherungsbestätigungen abgerufenen Daten stimmen oft nicht mit den Daten im Antrag für die Fahrzeugan- bzw. Ummeldungen überein. Daraus ergeben sich längere Gespräche mit den Fahrzeughaltern und somit auch längere Bearbeitungszeiten.



Ziele

- Die bürgerfreundliche und kompetente Bearbeitung der Kraftfahrzeugzulassungsvorgänge soll durch die kontinuierliche Information und Schulung der Beschäftigten zu gesetzlichen Veränderungen garantiert und stetig verbessert werden.
- Durch den Einsatz des Zusatzmoduls Internetgeschäftsvorfälle sollen flexiblere, den Aufwand für die Bürger und die Verwaltung reduzierende, Effekte erreicht werden. Für den Bürger soll die Möglichkeit geschaffen werden, sein Fahrzeug im Internet an-, um- oder abmelden zu können.

Fachbereichsleiter
Ronny Thieme

Fachdienstleiterin
Erika Theile



Fachdienst 54 Brand- und Katastrophenschutz

Arbeitsbericht 2009 - 2011

- Die Aufgaben des Fachdienstes sind:
 - die Gemeinden bei der Durchführung der ihnen obliegenden Aufgaben des Brandschutzes und der Allgemeinen Hilfe zu beraten und zu unterstützen,
 - Stützpunktfeuerwehren und andere Feuerwehren mit überörtlichen Aufgaben zu planen sowie die Gemeinden und Brandschutzverbände bei den dafür erforderlichen baulichen Anlagen, Einrichtungen und Ausrüstungen des überörtlichen Brandschutzes und der überörtlichen Allgemeinen Hilfe zu unterstützen,
 - Alarm- und Einsatzpläne aufzustellen und fortzuschreiben, die mit den Alarm- und Einsatzplänen der Gemeinden im Einklang stehen, und diese, soweit erforderlich, mit benachbarten Landkreisen und kreisfreien Städten abzustimmen,
 - sonstige, zur wirksamen Verhütung und Bekämpfung von überörtlichen Gefahren erforderliche Maßnahmen zu treffen, insbesondere Übungen durchzuführen,
 - gemeinsame Übungen, Aus- und Fortbildungsveranstaltungen der Feuerwehren im Landkreis oder im Einvernehmen mit benachbarten Landkreisen oder kreisfreien Städten zu planen und durchzuführen,
 - die gebotenen Entscheidungen im Katastrophenschutz zu treffen sowie
 - Gefahrenverhütungsschauen durchzuführen und zu Problemen des Brand- und Katastrophenschutzes Stellungnahmen zu erarbeiten.
- Im Berichtszeitraum wurden die Gemeinden in 123 Fällen, insbesondere bei der Erstellung ihrer Gefahrenanalysen, beraten und unterstützt.
- Für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Altenburg hat der Landkreis der Stadt Altenburg einen Zuschuss in Höhe von 810.000 Euro gewährt. Die Planungen und der Bau wurden durch die Mitarbeiter des Fachdienstes intensiv betreut.
- Im Wert von rund 50.000 Euro wurden unter anderem Ausrüstungen für den Hochwasserschutz, Atemschutz und Katastrophenschutz beschafft.
- Vom Fachdienst sind einmal jährlich Übungen mit den Katastrophenschutzeinheiten des Landkreises durchgeführt worden.
- Bei der Kreisausbildung sind 925 Kameradinnen und Kameraden zu Truppmännern, Truppführern, Sprechfunkern, Atemschutzgeräteträgern, Maschinisten und für den Einsatz in der Technischen Hilfeleistung ausgebildet worden.
- Es wurden 175 Lehrgangsanmeldungen für die Thüringer Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule in Bad Köstritz bearbeitet.
- Seit 2009 werden für Führungskräfte der Feuerwehren vom Fachdienst Aus- und Fortbildungsveranstaltungen zu aktuellen Themen vorbereitet und durchgeführt. An diesen nahmen mehr als 320 Führungskräfte der Feuerwehren teil.
- Mit den Helferinnen und Helfern im Katastrophenschutz wurden 93 Ausbildungsveranstaltungen durchgeführt.
- Zur Erhöhung der Fahrsicherheit wurden drei Fahrsicherheitstrainings auf Übungsstrecken für Fahrer der Katastrophenschutzfahrzeuge durchgeführt.



- Der Katastrophenschutzstab des Landkreises hat 27 Ausbildungen und Übungen im Berichtszeitraum absolviert.
- Im Rahmen des vorbeugenden Brandschutzes wurden insgesamt 171 Gefahrenverhütungsschauen und Nachschauen im Landkreis durchgeführt.
- Alarm- und Einsatzpläne, insbesondere der externe Notfallplan für die Firma Lobbe in Rositz, der Alarmplan für den Gefahrgutzug des Landkreises, der Alarmplan für den Flugplatz in Nobitz, der Hochwasseralarmplan und der Alarmplan der Führungs- und Unterstützungsgruppe des Landkreises wurden aufgestellt und fortgeschrieben.
- Anhand der Einsatzberichte konnte die Einsatzbereitschaft der Feuerwehren fortlaufend überprüft werden. Im Berichtszeitraum haben die Feuerwehren alle Einsatzaufgaben erfolgreich bewältigt. Die Zusammenarbeit der Gemeinden mit dem Fachdienst bei der Einsatzplanung hat sich bewährt.
- Die intensive Zusammenarbeit bei der Nachwuchsgewinnung und der Förderung der Jugendarbeit sowie im Feuerwehrsport mit dem Kreisfeuerwehrverband und den örtlichen Feuerwehren zeigt Wirkung. So stiegen die Mitgliedszahlen der Jugendfeuerwehren von 412 auf 430 Nachwuchsfeuerwehrleute an.

Problemfelder

- Das überörtliche Gefahrenabwehrkonzept des Landkreises ist im Spannungsfeld zwischen den gesetzlichen Anforderungen einerseits und den immer knapper werdenden finanziellen Mitteln andererseits umzusetzen.
- Der demografische Wandel hat Auswirkungen auf die Gefahrenabwehr. Es wird zunehmend schwerer, die gesetzlich vorgeschriebenen Personalvorgaben für die Einheiten des Katastrophenschutzes und der Stützpunktfeuerwehren zu erfüllen.
- Die Übernahme von alter aber erforderlicher Katastrophenschutztechnik vom Freistaat Thüringen macht in den nächsten Jahren einen erhöhten finanziellen Aufwand zur Absicherung der Einsatzbereitschaft, insbesondere bei der Wartung und Instandhaltung, erforderlich.

Ziele

- Im Zeitraum von 2012 bis 2025 sind Beschaffungen und Ersatzbeschaffungen von Fahrzeugen und Ausrüstungen des Katastrophenschutzes, des überörtlichen Brandschutzes und der überörtlichen Allgemeinen Hilfe in Höhe von rund 4 Mio. € zu realisieren.
- Die intensive Beratung und Unterstützung der Städte und Gemeinden zu Fragen des Brandschutzes, der Allgemeinen Hilfe und des Katastrophenschutzes wird fortgeführt.
- Die fortlaufende Umsetzung der Thüringer Katastrophenschutzverordnung, insbesondere die Gewinnung weiterer Helferinnen und Helfer in allen Einheiten des Katastrophenschutzes mit dem Ziel, diese in Zusammenarbeit mit den Hilfsorganisationen und den Feuerwehren permanent zu sichern.

Fachbereichsleiter
Ronny Thieme

Fachdienstleiter
Uwe Engert



Fachdienst 55 Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung

Arbeitsbericht 2009 - 2011

- Das Tätigkeitsfeld des Fachdienstes umfasst:
 - die Verhütung und Bekämpfung von Tierseuchen,
 - die lebensmittelhygienische Überwachung des Verkehrs mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen,
 - die Überwachung der Fleischhygiene, einschließlich der Schlachtier- und Fleischuntersuchung,
 - die Überwachung des Tierschutzes und der Tiergesundheit,
 - die Überwachung des Tierarzneimittelverkehrs,
 - die Überwachung der Tierkörperbeseitigung sowie die Beseitigung tierischer Nebenprodukte.
- Im Zeitraum 2009 bis 2011 wurden 12 Fälle einer anzeigepflichtigen Tierseuche (1 x Salmonellose der Rinder, 1 x Virale Hämorrhagische Septikämie bei Forellen, 10 x Bovine Virus Diarrhoe bei Rindern) festgestellt und diagnostische Maßnahmen zu deren Sanierung angeordnet.
- Im Rahmen der Tierseuchenüberwachung wurden 67.401 Proben zur labordiagnostischen Untersuchung in das Thüringer Landesamt für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz gebracht und eine Ergebnisbewertung in eigener Zuständigkeit durchgeführt.
- Zur Kontrolle des Verkehrs mit Tierarzneimitteln fanden in Landwirtschaftsbetrieben und tierärztlichen Hausapotheken 81 Überprüfungen statt.
- In Haltungen von landwirtschaftlichen Nutztieren sowie von Heimtieren (Hund, Katze, Exoten, Ziervögel) erfolgten 899 Tierschutzkontrollen.
- Bei 6.570 Hygienekontrollen in Betrieben zur Überwachung des Verkehrs mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen wurden 1.321 Planproben entnommen, zur Untersuchung in das Thüringer Landesamt für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz gebracht und eine Ergebnisbewertung in eigener Zuständigkeit durchgeführt.
- Im Rahmen der Überwachung der Tierkörperbeseitigung erfolgten Zuarbeiten an den Fachdienst Umwelt/Jagd und Fischerei zur Zulassung von 7 Biogasanlagen sowie eine Zuarbeit zu einer Änderungsgenehmigung.
- Bei 1.942.318 Schlachttieren (Rind, Schwein, Schaf, Ziege) erfolgte eine Schlachtier- und Fleischuntersuchung durch amtliche Tierärzte und amtliche Fachassistenten des Landratsamtes.
- Schutzmaßnahmen zur Verhinderung der Einschleppung und zur Bekämpfung bei auftretenden hochkontagiösen Tierseuchen wurden in Zusammenarbeit mit dem Katastrophenschutzstab des Landkreises ergriffen und geprobt.
- Im globalen Handel stellen Tierseuchen eine permanente Bedrohung dar – vor allem für die Land- und Ernährungswirtschaft. Um Seuchen wirksam zu bekämpfen, wurde durch die Landkreise Greiz und Altenburger Land sowie die Stadt Gera im April 2010 die Arbeitsgruppe „Tierseuchenbekämpfung Ostthüringen“ gebildet. In Vorbereitung eines Tierseuchenworkshops im Mobilien Bekämpfungszentrum Tierseuchen in Barme fand eine Beratung dieser Arbeitsgruppe statt.



Problemfelder

- In der zunehmenden Globalisierung wird ein stark gestiegenes Risiko der Einschleppung von Tierseuchenerregern gesehen.
- Die Haltung von Heimtieren (Schwerpunkt: Hund, Katze, Exoten) führt bedingt durch soziale Situationen aber auch bei feststellbarer Sorglosigkeit bzw. Unwissenheit zunehmend zu tierschutzrelevanten Verstößen.
- Der Transport von Schlachtkühen zur Schlachtung, deren Transportfähigkeit zum Zeitpunkt der Entladung fraglich erscheint, muss zunehmend festgestellt werden. Die Zusammenarbeit mit den Veterinärbehörden der Haltungsbetriebe ist diesbezüglich zu intensivieren.
- Im Umgang mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen, durch neue Sortimente, Technologien, Globalisierung und neue Vermarktungswege werden steigende Risiken für den Verbraucherschutz gesehen. Dies stellt an die amtliche Lebensmittelüberwachung zur Sicherung des gesundheitlichen Verbraucherschutzes hohe Anforderungen.
- Die weitere Aufgabenübertragung auf dem Gebiet der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung durch EU, Bund und Länder auf die Landkreise ohne entsprechenden personellen bzw. finanziellen Ausgleich muss im Sinne der Aufgabenerfüllung bzw. deren finanzieller Absicherung als problematisch gesehen werden.

Ziele

- Grundziel ist die weitere Sicherung des gesundheitlichen Verbraucherschutzes, des Tierseuchenschutzes und des Tierschutzes durch regelmäßige Kontrollen und Beratung von Bürgern und Unternehmen.
- Die Verbesserung der Tiergesundheit mit dem Ziel des Abschlusses der Sanierung der Rinderbestände im Landkreis bezüglich der Bovinen Herpesvirus Typ-1-Infektion, Fortführung von Sanierungsmaßnahmen hinsichtlich Boviner Virus Diarrhoe und Beginn der Paratuberkulosesanierung der Rinder wird auch in den nächsten Jahren zentrale Aufgabe sein.
- Im Sinne des Schutzes der Tierbestände vor Tierseuchen bzw. Bekämpfung dieser bei Verdacht oder dem Auftreten werden weiter eine intensive Schulung und auch Durchführung von Übungen im Katastrophenschutzstab des Landkreises erfolgen.
- Die weitere veterinärhygienische Begleitung der Südostfleisch GmbH Altenburg im Qualitätsmanagement sowie bei Kunden- und Erzeugeraudits hat neben dem gesundheitlichen Verbraucherschutz auch zur Sicherung von Arbeitsplätzen bei einem der größten Arbeitgeber der Region große Bedeutung.

Fachbereichsleiter
Ronny Thieme

Fachdienstleiter
DVM Matthias Thureau



Fachdienst 60 Bauordnung und Denkmalschutz

Arbeitsbericht 2009 – 2011

- Die Aufgaben der unteren Bauaufsicht sind Staatsaufgaben im übertragenen Wirkungskreis. Neben dem klassischen Aufgabenspektrum (Bearbeitung von Bauanträgen, baurechtliche Stellungnahmen zu anderen Genehmigungsverfahren, Führung des Baulastenverzeichnisses, Durchführung von Baukontrollen und wiederkehrende Prüfungen, Gebrauchsabnahme fliegender Bauten, Einschreitung bei sicherheitsgefährdenden und rechtswidrigen Zuständen und Überwachung der Mängelbeseitigung) kommt der Gefahrenabwehr in Verbindung mit eingreifenden Maßnahmen infolge der Zunahme von Leerständen und Nutzungsaufgaben eine immer größere Bedeutung zu.
- Im Berichtszeitraum wurden 5.766 Vorgänge mit einer Investitionsrohbausumme von ca. 140 Mio. € bearbeitet.
- Durch die Kommunalisierung der staatlichen Umweltverwaltung im Jahr 2008 und die Konzentrierung mit dem Baubereich am Standort Schmölln konnten durch das Zusammenfallen von Betroffenheits- und Entscheidungsebene die Aufgabenerfüllung insgesamt effektiver gestaltet und Verwaltungsprozesse beschleunigt werden.
- Seit dem 01.05.2008 ist die untere Bauaufsichtsbehörde auch für die Genehmigung der Bebauungspläne im Landkreis zuständig. In diesem Rahmen wurden 32 Bauleitplanungen einer zügigen Genehmigung zugeführt.
- Das Projekt, mit dem sich das Landratsamt Altenburger Land an der Landesinitiative „Wirtschaftsfreundliche Verwaltung Thüringen“ beteiligte, wurde durch das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie gewürdigt und auf der Internetseite des Ministeriums präsentiert.
- Seit der Schließung des Katasteramtes in Schmölln 2008 wird ein Katasterauskunftsservice angeboten, der von den Bürgern sehr rege genutzt wird.
- Die untere Denkmalschutzbehörde ist zuständig für 1.163 Kulturdenkmale im Landkreis und unterstützt die Eigentümer in allen baulichen Belangen. Der „Tag des offenen Denkmals“, der ständig steigendes öffentliches Interesse erfährt, wird von der Denkmalschutzbehörde für den Landkreis koordiniert. Erstmals wurde im Landkreis Altenburger Land ein bundesländerübergreifender Schulverbund am Projekt „Denkmal aktiv – Kulturerbe macht Schule“ durch die Behörde ins Leben gerufen.

Problemfelder

- Durch den wachsenden Leerstand bzw. die Nutzungsaufgabe von baulichen Anlagen sind viele Objekte dem Verfall preisgegeben. Die Beseitigung dieser gefahrdrohenden Zustände muss immer öfter im Wege der Ersatzvornahme erfolgen.



Ziele

- Bei der Aufstellung oder Änderung von Bauleitplänen erfolgt unsere Mitwirkung mit dem Ziel der Neuorientierung im Bereich der Siedlungsentwicklung vor dem Hintergrund des Bevölkerungsrückganges.
- Unser stadtplanerischer Beitrag gilt der Stärkung der Innenentwicklung von Städten und Ortschaften. Sie hat Vorrang vor der Erweiterung nach Außen. In Abstimmung mit den Gemeinden wird so auf die Vermeidung der Neuinanspruchnahme von Freiflächen abgezielt.
- Der Fachdienst unterstützt alle Aktivitäten zur Nutzung von Biomasse, Erdwärme, Wind- und Sonnenenergie, die die Wertschöpfung im ländlichen Raum auf eine neue Basis stellen und somit zu einer nachhaltigen Energieversorgung beitragen.
- Das e-Government ist zur besseren Nutzung bzw. Zugriffsmöglichkeit für die Wirtschaft und den Bürger weiter auszubauen.

Fachbereichsleiterin
Birgit Seiler

Fachdienstleiter
Kunz Gelbrich



Fachdienst 61 Gewässer- und Bodenschutz

Arbeitsbericht 2009 – 2011

- Der Fachdienst vollzieht die Wasser- und Bodenschutzgesetzgebung im Landkreis Altenburger Land und ist seit der Auflösung der Staatlichen Umweltämter im Jahre 2008 gleichzeitig Fachbehörde für die kommunalisierten Fachaufgaben im Gewässer- und Bodenschutz des Landkreises, so z. B. bei der Kontrolle und Überwachung von Stauanlagen, der Umsetzung des Generalvertrages über die abschließende Finanzierung der ökologischen Altlasten im Freistaat Thüringen (Altlastensanierung).
- Seit 2008 werden vom Fachdienst die Aufgaben der unteren Chemikaliensicherheitsbehörde wahrgenommen, so z. B. die Kontrolle von Handelseinrichtungen, Gewerbe- und Industriebetrieben nach Chemiekaliengesetz.
- Die Umsetzung der Ziele der Abwasserbeseitigungskonzeption zur Verbesserung der Wasserqualität in den Flüssen des Landkreises wurde intensiv fachlich und genehmigungstechnisch begleitet. So konnten im Berichtszeitraum durch die zuständigen Abwasserbeseitigungspflichtigen die erweiterte Kläranlage Schmölln und die neuen Kläranlagen Großstößnitz, Haselbach und Untschen in Betrieb genommen werden. Mit der Erweiterung der Kläranlage Schmölln wurde zudem ein Vorhaben aus dem Maßnahmeplan der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie fristgerecht umgesetzt.
- Wichtige wirtschaftliche Vorhaben im Landkreis, wie z. B. der Bau von Biogasanlagen, die weitere Erschließung des Industrieverbundstandortes Schmölln/Gößnitz und Veränderungen bei mehreren bedeutenden Firmen des Landkreises wurden fachlich und vollzugstechnisch eng begleitet.
- Mit fachlicher Hilfe der unteren Wasserbehörde ist es den Städten Meuselwitz und Lucka gelungen, Fördermittel des Thüringer Ministeriums für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz (TMLFUN) über die Thüringer Aufbaubank für die Erarbeitung von Gewässerentwicklungs- und Hochwasserschutzkonzeptionen zu erhalten.
- Gemeinsam mit der Stadt Schmölln war es möglich, die planerische Vorbereitung der Hochwasserschutzmaßnahme Sommeritz und des integrativen Hochwasserschutzkonzeptes für das Einzugsgebiet der Sprotte in die Förderliste des TMLFUN für 2012 zu bekommen.
- Wichtige Bauvorhaben an Gewässern I. und II. Ordnung wurden gemeinsam mit den Städten und Gemeinden durch fachliche Unterstützung oder rasche Genehmigung nach wasserrechtlichen Anforderungen umgesetzt, so z. B. der Ausbau der Straße Lucka – Nehmitz, die gleichzeitig als Hochwasserschutzdeich der Schnauder dient, der Bau der neuen Autobahnbrücke (A4) über die Mannichswalder Sprotte, die Durchlasserrichtung für den Rainbach im Rahmen der abwassertechnischen Erschließung in Falkenhain, die Inbetriebnahme einer Wasserkraftanlage an der Pleiße, Wehr Ponitz und sieben große Niederschlagswassereinleitungen im Rahmen der weiteren abwassertechnischen Erschließung der Ortslagen zur Erhöhung des Anschlussgrades an die Kläranlagen.



- Der Übergang der Aufgaben vom Staatlichen Umweltamt Gera an den Fachdienst des Landkreises Altenburger Land hat sich bewährt. Die Bearbeitung wasser- und bodenschutzrechtlicher Verfahren für Vorhaben der Industrie, Landwirtschaft, der Städte und Gemeinden ist schneller geworden. Insbesondere durch kurze Abläufe zwischen den zu beteiligenden Fachdiensten, welche die Dienstanweisung zur Beschleunigung der Bearbeitung von wasserrechtlichen Verfahren regelt, kann den Antragstellern und Auskunftssuchenden rasch geholfen werden.
- Die Präventivarbeit der unteren Wasserbehörde wurde zielgerichtet im Rahmen der Gewässerschauen fortgesetzt (z. B. Spannerbach, Kleiner Jordan, Meerchen).

Problemfelder

- Die fachliche Weiterbildung bleibt auf Grund der angespannten Haushaltslage weiterhin schwierig. Es werden fast nur die vom Land (meistens Thüringer Landesanstalt für Umwelt und Geologie) kostenlos angebotenen Weiterbildungsveranstaltungen genutzt, was jedoch zur Aneignung neuer Fachkenntnisse, die z. B. durch Ingenieurverbände oder den Softwareherstellern (z. B. für Fach- und Geoinformationssysteme, für KOMVOR Umwelt) angeboten werden, nicht ausreichend ist.
- Die Arbeitsgeschwindigkeit zu den in Altenburg stehenden Servern hat sich zwar verbessert, dennoch ist sie bei verschiedenen Fachprogrammen immer noch schlecht. Die Störanfälligkeit der Datenverbindung nach Altenburg behindert an manchen Tagen den Arbeitsablauf erheblich.

Ziele

- Zur Erreichung der Zielstellung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie, die Gewässergüte bis 2015 im Landkreis von derzeit II – III auf durchweg II zu verbessern, soll u. a. die weitere Erhöhung des Anschlussgrades an die neuen Kläranlagen realisiert werden.
- Schwerpunkt der Verbesserung des Hochwasserschutzes ist der Abschluss der Hochwasserschutzmaßnahmen Treben, ein durchgreifendes Hochwasserschutzkonzept an der Sprotte mit schrittweiser Umsetzung von Einzelmaßnahmen in der Stadt Schmölln, der Gemeinde Saara und den Gemeinden der Verwaltungsgemeinschaft „Oberes Sprottental“ sowie in Meuselwitz und Lucka. Die Hochwasserschutzmaßnahmen sind eng verknüpft mit den Maßnahmen zur Verbesserung der Struktur und Durchgängigkeit der Fließgewässer umzusetzen.
- Die Ausstattung des Fachdienstes mit leistungsfähiger Dateninformations- und -verarbeitungstechnik zur Nutzung des KOMVOR Umwelt in Verbindung mit einem vorhandenen geografischen Informationssystem muss weiter verfolgt werden.

Fachbereichsleiterin
Birgit Seiler

Fachdienstleiter
Dr. Hans-Stefan Gerth



Fachdienst 62 Umwelt und Jagd/Fischerei

Arbeitsbericht 2009 – 2011

- Der Fachdienst erfüllt im übertragenen Wirkungskreis staatliche Aufgaben der unteren Naturschutzbehörde, der unteren Abfallbehörde, der unteren Immissionsschutzbehörde und der unteren Jagd- und Fischereibehörde.
- Die Übertragung der Aufgaben vom Staatlichen Umweltamt Gera an den Fachdienst Umwelt und Jagd/Fischerei hat sich bewährt. Im Besonderen bei der Genehmigung und Überwachung von Anlagen (Betrieben), die dem Bundesimmissionsschutzgesetz unterliegen, trat eine Verbesserung des Aufgabenvollzugs ein.
- Durch die Umsetzung der Dienstanweisung zur Beschleunigung der Bearbeitung von immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren im Landkreis Altenburger Land konnten deutlich kürze Bearbeitungsfristen (unter der gesetzlichen Normfrist von 3 Monaten) erreicht werden.
- Die Bearbeitung von Genehmigungsverfahren für erneuerbare Energien (Windkraft, Biogas, Photovoltaik, Wasserkraft) besitzt seit der Energiewende in der Bundesrepublik hohe Priorität. Das Energiekonzept der Landesregierung setzt das Ziel, bis 2020 einen Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch von 30 % zu erreichen. Im Landkreis werden derzeit über 40 % der benötigten Energie durch alternative Energien abgedeckt. Eine deutlich weitere Steigerung ist zu erwarten.
- Der Fachdienst arbeitet eng mit den Kommunen bei der Umsetzung der Thüringer Pflanzenabfall-VO zusammen und unterstützt die Gemeinden bei der Genehmigung von Brauchtumsfeuern. Mit den Ordnungsämtern und mit den Vereinen wurden wiederholt Schulungsmaßnahmen über die rechtlichen und fachlichen Grundlagen durchgeführt.
- Durch eine konstruktive Zusammenarbeit mit dem Kreisbauernverband e.V. Altenburg und der Kreisjägerschaft des Landkreises wurden nachhaltige Biotop verbindende Naturschutzmaßnahmen (Ausgleichsmaßnahmen) und Öko-Kontomaßnahmen (vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen) realisiert.
- Der FD unterhält gute Kontakte zu wissenschaftlichen Facheinrichtungen wie der TU Berlin, den Fachhochschulen Erfurt und Bernburg und betreut mittlerweile regelmäßig Diplomarbeiten. In diesem Zusammenhang erarbeitete ein Diplomand der FH Bernburg ein „Pappelumbaukonzept“ für die Stadt Lucka.
- Die untere Naturschutzbehörde initiierte zusammen mit den ehrenamtlichen Naturschutzbeauftragten und dem Forstamt Weida ein nachhaltiges Bewirtschaftungskonzept für das ökologisch wertvollste europäische Schutzgebiet des Landkreises „Die Leina“ zur Sicherung als Brut- und Lebensraum u. a. für den Seeadler.
- Die untere Jagd- und Fischereibehörde erteilte insgesamt 676 jagd- und fischereirechtliche Genehmigungen und verkaufte 3233 Wildmarken. Die Zusammenarbeit mit den Hegegemeinschaften konnte verbessert werden.



Problemfelder

- Im Besonderen bei den Abfallentsorgungsanlagen ist die Überwachung zu verbessern, um präventiv gegen illegale Abfallbeseitigungen einzuschreiten.
- Die fachliche Weiterbildung der Mitarbeiter ist auf Grund der Haushaltlage derzeit fast unmöglich.
- Die Störanfälligkeit der hauseigenen Softwareanwendungen behindert die Arbeit teilweise erheblich.
- Die Wahrnehmung einzelner Pflichtaufgaben bleibt ebenfalls aus haushälterischen Gründen weiterhin problematisch (fehlende Mittel für Baumgutachten und Baumpflege gefährden die Verkehrssicherungspflicht von Bäumen im Straßenraum; keine Mittel in der Landschaftsplanung wirken sich negativ auf die Bauleitplanung aus; Pflege der Schutzgebiete des Landkreises nur noch in sehr eingeschränktem Maß möglich).

Ziele

- Die fachlichen Kompetenz und Leistungsfähigkeit der Mitarbeiter ist ständig zu erhöhen. Für eine Fachdienst übergreifende Zusammenarbeit bedarf es auch der Stärkung der sozialen Kompetenz.
- Durch eine professionellere Kommunikation mit den Antragstellern sind die Genehmigungsverfahren weiter zu optimieren und zu beschleunigen.

Fachbereichsleiterin/Fachdienstleiterin
Birgit Seiler



Fachdienst 63 Dienstleistungsbetrieb Abfallwirtschaft/Kreisstraßenmeisterei

Arbeitsbericht 2009 - 2011

Abfallwirtschaft:

- Mit der Umsetzung der gesetzlichen Vorgabe der Ablagerungsverordnung zum Stichtag 01.06.2005 reduzierte sich im Landkreis Altenburger Land die Entsorgung von Abfällen auf die Restabfallbehandlung sowie die hierzu erforderlichen Maßnahmen wie Einsammeln, Befördern, Verwerten und Lagern. Die Verbrennung der Abfälle erfolgt seit diesem Zeitpunkt in der Müllverbrennungsanlage der SITA Deutschland GmbH in Zorbau.
- Mit Genehmigungsbescheid des Thüringer Landesverwaltungsamtes (TLVWA) vom 22.12.2004 wurden gegenüber dem Landkreis der geordnete Abschluss, die Sicherung und die Rekultivierung der Hausmülldeponie Leipziger Straße, Altenburg aufgegeben. Die endgültige Abdeckung der Deponie wurde 2009 beendet. Die Gesamtkosten für die Rekultivierung betragen 2.451.364 €. Im Frühjahr 2010 erfolgte die Abnahme durch das TLVWA, es gab keine Beanstandungen.
- Im November 2009 wurde das neue Recyclingzentrum auf dem Gelände der Deponie in der Leipziger Straße mit einem größeren Annahmespektrum eröffnet.
- Im Juli 2010 wurde die Photovoltaikanlage auf dem Gelände der Deponie Am Kapsgraben Schmölln in Betrieb genommen. Die elektrische Leistung beträgt jährlich rund 1125 kWp. Ein Teil des Ertrages aus dem verkauften Strom fließt als Pachteinnahme vollständig in den Gebührenhaushalt ein.
- Die Abfallmengen von Haus- und Sperrmüll stiegen trotz Bevölkerungsrückgangs von 2009 zu 2011 um 2,24 %. Besonders stark rückläufig sind dagegen die Anlieferungen des Gewerbeabfalls, und zwar sanken die Anlieferungen um 70,24 %.
- Im Oktober 2010 beauftragte der Landkreis das Ingenieurbüro Sabrowski-Hertrich-Consult GmbH Erlenbach mit der Durchführung einer Hausmüllanalyse, deren Ergebnisse die Grundlage für eine effektive Steuerung der Abfallwirtschaft, insbesondere für Maßnahmen der Abfallberatung und Öffentlichkeitsarbeit sowie der Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes bilden.

Kreisstraßenmeisterei:

- Der Bereich der Kreisstraßenmeisterei erfüllt die mit der Straßenbaulast des Landkreises Altenburger Land gemäß den §§ 9, 10 des Thüringer Straßengesetzes zusammenhängenden Aufgaben. Dies sind vorrangig die Instandhaltung, Unterhaltung und Durchführung des Winterdienstes der Kreisstraßen.
- Im Ergebnis der Auf- und Abstufung von Kreisstraßen in den letzten drei Jahren ist die Kreisstraßenmeisterei derzeit für 217 km verantwortlich.
- Eine wichtige wirtschaftliche Stütze des Bereiches war die Standplatzreinigung der Glascontainerstandplätze. Die Einnahmen daraus ermöglichten es u. a., die vorhandene Technik zu erneuern.
- Beibehalten wurden die Dienstleistungen für die Gemeinden im Landkreis Altenburger Land, insbesondere die Amtshilfe beim Winterdienst. Zurzeit werden für 34 Gemeinden Winterdienstleistungen erbracht.
- Der geplante Neubau der Kreisstraßenmeisterei wurde in Zusammenwirken mit dem Fachbereich Schulen, Gesundheit und Bauen sowie dem Planungsbüro Hofmann. Seifarth. Partner Crimmitschau intensiv vorbereitet.



Problemfelder

Abfallwirtschaft:

- Die Rückstellungen für Abschluss- und Nachsorgemaßnahmen für die Deponien Altenburg, Schmölln und Hainichen basieren auf dem derzeitigen Kenntnisstand. Aufgrund der 30-jährigen Nachsorgephase bleiben allerdings Restrisiken, die abzuklären sind. Probleme, die sich insbesondere für das Grundwasser aus nicht basisabgedichteten Verfüllflächen der Deponien ergeben können, sind weiterhin nicht auszuschließen. Aufgrund der jetzt vorliegenden chemischen Zusammensetzung kann das Deponiesickerwasser nicht mehr in die öffentliche Kläranlage eingeleitet werden. Das Sickerwasser ist extern zu entsorgen.
- Trotz der positiven Entwicklung der Ertragslage wird sich in den nächsten Jahren die weitere Verringerung der Einwohnerzahlen auf die wirtschaftliche Lage des Bereiches auswirken. Vor allem die Fixkosten, die ausschließlich für das Vorhalten der Entsorgung anfallen, müssen von immer weniger Bürgern getragen werden.

Kreisstraßenmeisterei:

- Weiterhin problematisch gestaltet sich die Erarbeitung eines Leistungskataloges zur Festlegung von Art und Umfang der einzelnen Erhaltungs- und Unterhaltungsarbeiten infolge von fehlenden Ausgangsdaten, wie z. B. einer Straßendatenbank.
- Mit den anhaltenden jährlichen Preissteigerungen wird es auch in Zukunft eine Herausforderung sein, die Aufwendungen mittels des zur Verfügung gestellten Zuschusses auszugleichen.
- Die überalterte Gerätetechnik birgt in sich hohe Reparaturrisiken.
- Erschwerend für reibungslose Arbeitsabläufe wirkte sich die angespannte Personalsituation aus.

Ziel

Abfallwirtschaft:

- Auch in den kommenden Jahren liegt das Hauptaugenmerk unserer Aktivitäten auf einer weiteren gezielten und umfangreicheren Abfallberatung, um so die Abfallwirtschaft auf umweltgerechtem Niveau umzusetzen. Dabei geht es um eine hohe Erfassung an Wertstoffen und eine weitgehende Reduzierung der teuer zu entsorgenden Restabfälle.
- Um eine langjährige Gebührenstabilität zu sichern, werden auch in Zukunft alle Einsparpotenziale genutzt.
- Im Frühjahr 2012 beginnt die Oberflächenabdichtung auf der Deponie Gößnitz, OT Hainichen. Mit Beendigung dieser Baumaßnahme sind alle Deponien, die sich in der Verantwortung des Landkreises befinden, vollständig abgedeckt und entsprechen den gesetzlichen Vorgaben des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes und des Thüringer Abfallwirtschaftsgesetzes.

Kreisstraßenmeisterei:

- Die Unterhaltung des Kreisstraßennetzes soll noch effizienter und kostengünstiger werden. In Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Schulen, Gesundheit und Bauen wird nach möglichen Einsparpotenzialen, wie z.B. nach der Verbesserung von Arbeitsabläufen, gesucht.



- Die Amtshilfe für die Gemeinden, insbesondere für die Winterdienstleistung, wird kontinuierlich fortgesetzt.
- Im Frühjahr 2012 soll der Bau der neuen Kreisstraßenmeisterei im Gewerbegebiet Mockern beginnen.
- Die Umrüstung der veralteten Winterdiensttechnik auf neue technische Standards ist zu realisieren.

Fachbereichsleiterin
Birgit Seiler

Kaufm. Werkleiterin
Andrea Gerth

Techn. Werkleiter
Frank Schmutzler





Impressum

Herausgeber:

**Landratsamt Altenburger Land
Fachdienst Öffentlichkeitsarbeit**

Stand: 01.03.2012

**Lindenaustraße 9
04600 Altenburg**

Tel. 03447 586-270

E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@altenburgerland.de

www.altenburgerland.de